

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 10. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Bahn frei für Tarifreformen!

Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten auf den preussischen Staats-Eisenbahnen wird sogar in einigen linksstehenden Blättern über Gebühr hinaus gepriesen; man erblickt darin den ersten Schritt zu einer wirklichen Reform, man glaubt, daß jetzt, wo der Vater aller Hindernisse, Herr v. Miquel, nicht mehr im Amte ist, die Bahn für eine modernen Verhältnissen entsprechende Verkehrsreform gebohrt ist. Wie kurzichtig! Als ob nicht neben Herrn v. Miquel, der gewiß sein Teil zur Verhinderung von Tarifreformen beigetragen hat, noch andre Elemente der Gesetzgebung all ihren Einfluß in demselben kulturfeindlichen Sinne geltend machten! Ein kurzer Rückblick auf das letzte Jahrzehnt wird den Beweis dafür erbringen, daß an durchgreifende Reformen im Verkehrswesen so lange nicht zu denken ist, wie im preussischen Landtage die Junker das Szepter in Händen haben, diese nur auf ihr eigenes Interesse bedachte Clique, die jede Maßnahme zu Gunsten der Allgemeinheit aufs heftigste bekämpft und von jeder nur für die Erweiterung ihrer Macht und für ihre eigene Bereicherung auf Kosten der Gesamtheit eingetretene ist.

Im Jahre 1891 beabsichtigte der Vorgänger des jetzigen Ministers, von Rath, eine Reform der Personentaxe in der Weise durchzuführen, daß unter Aufhebung der vierten Wagenklasse und der ermäßigten Rückfahrkarten die Fahrpreise erheblich herabgesetzt werden sollten. Sofort erhob sich in der Junkerpresse ein heftiger Ansturm gegen diesen gewiß sehr bescheidenen Vorschlag. Auch der Finanzminister Miquel widersetzte sich der Reform, und Herr von Rath nahm seinen Abschied. Sein Nachfolger von Thielen stand ganz unter dem Einflusse Miquels. Solange beide Minister gemeinsam im Amte waren, bezweifelte man nicht mit Unrecht Johannes von Miquel als den eigentlichen Eisenbahn-Minister, und es war durchaus nichts Ungewöhnliches, daß bei großen Eisenbahn-Debatten im Landtage der Finanzminister mit allem Aufgebote seiner Beredsamkeit die rückständigsten Verwaltungsmassnahmen verteidigte, während der „Verkehrsminister“ es nicht für nötig hielt, in die Debatte einzugreifen. Vielleicht wagte er es auch nicht, dem allmächtigen Miquel zu widersprechen. Von irgendwelchen Erleichterungen im Personenverkehr war ein Jahrzehnt hindurch nicht mehr die Rede; im Gegenteil, fast bei jeder Beratung des Eisenbahn-Etats wüteten die Junker aufs heftigste gegen die Herabsetzung der Personentaxe, und Herr v. Miquel, der allen Grund hatte, es mit der „kleinen, aber mächtigen Partei“ nicht zu verderben, pflichtete ihnen bei.

Die Gründe, die die Junker gegen Tarifreformen anführten, sind wahrhaft klaffend; es sind Gründe, wie sie eben nur in einer geistig so tief stehenden gesetzgeberischen Körperschaft vorgebracht werden können, wie es das preussische Junkerparlament ist. So beriet zum Beispiel das Abgeordnetenhaus am 11. März 1897 über eine Petition der Vergleichen Handelskammer zu Lenney betreffs Einführung der in Baden gebräuchlichen Kilometerbeste auf den preussischen Staatsbahnen. Der Antrag der Budgetkommission lautete auf Uebergang zur Tagesordnung, während ein national-liberaler Abgeordneter, Dr. Voettinger, die Petition der Regierung als Material zu überweisen beantragte. Dieser Antrag schien den Konservativen so gemeingefährlich, daß sie ihren Führer, den großen Staatsmann Graf Limburg-Sturum zu seiner Bekämpfung vorhielten. Und wahrhaft staatsmännisch waren die Gründe, die der edle Graf gegen den Antrag ins Feld führte:

„Was spricht nun für den Antrag des Herrn Kollegen Voettinger? Daß er gewissen Klassen der Bevölkerung billigere Fahrten zuwenden will! Das sind die von dem Herrn Minister erwähnten Leute, die Arbeiter, welche in der Nähe der großen Städte wohnen. Aber es würde schon nachgewiesen, daß diese Leute in der IV. Klasse sehr billig fahren; und seitdem die Konzession gemacht ist, daß es Wagen mit Wänten giebt, nähert sich die IV. Klasse der III. in ihrer Ausstattung sehr. Also es ist dadurch schon so viel geschehen in der Ermöglichung für diese Leute, daß ich nicht weiß, was noch mehr gewünscht soll.“

Für „diese Leute“ braucht allerdings ein so hochgeborener Herr wie Graf Limburg und seine Standesgenossen nichts zu thun. „Diese Leute“ kommen für jene Gesellschaft höchstens bei den Wahlen in Betracht, im übrigen aber gelten sie ihnen als willkommene Ausbeutungssubjekte, die vom frühen Morgen bis zum späten Abend zu schufteln haben, damit der gnädige Herr in der Stadt ein standesgemäßes Leben führen kann. So verlangt es die „göttliche Weltordnung“.

In demselben Sinne wie Graf Limburg äußerte sich auch Graf Kanig, dessen Rede in einer Verherrlichung der Tarifserhöhungen als Mittel zur Bekämpfung der Socialdemokratie ausklang.

Ich bin der Meinung, daß gerade die außerordentlich billigen Personentaxe, die wir in Berliner Vorortverkehr haben, eine erhebliche Anziehung ausüben auf die Bevölkerung in der Provinz. Es wird hier in Berlin dem Arbeiter die Gelegenheit gegeben, für einen verschwindend geringen Geldbetrag seine Wohnung draußen in den Vororten zu beziehen und täglich in Berlin einen sehr lohnenden Verdienst zu finden. Damit hängt dann weiter auch zusammen die kolossale Steigerung der Bodenpreise im Innern der Stadt, denn die minder wohlhabende Bevölkerung kam auf diese Weise in die Vororte hinausgedrängt werden. Ob das in sozialer Beziehung sehr segensreich ist, das lasse ich dahingestellt. Denn die Berliner Vororte sind allmählich

socialdemokratische Kolonien geworden. Ganze Arbeiterviertel giebt es da, wo Mann für Mann Socialdemokrat ist.“

Das rote Gespenst, das auf gewisse Kreise niemals seine Wirkung verfehlt, muß also auch hier herhalten, um die Sonderbestrebungen der Junker, die sie mit ihrem Widerstand gegen Tarifermäßigungen verfolgen, zu verschleiern. Auf die nationalökonomische Weisheit des Grafen, insbesondere auf seine Anschauung über das Steigen der Bodenpreise einzugehen, lohnt nicht. Wir können es niemand verdenken, wenn er sich so sehr blamiert, als es ihm irgend möglich ist.

Auch spätere gelegentliche Aeußerungen im Landtage über Tarifreformen atmen denselben Geist. Die unverschämte und rücksichtslose Interessenvertretung der ostelbischen Junker feiert hier wahre Orgien. Mögen die Argumente noch so thöricht sein, die Junker scheuen sich nicht, sie zu gebrauchen, und der Chor ihrer Standesgenossen lauscht andächtig den Worten der Führer, aus deren Munde so tiefe Weisheit träuft.

Man rufe sich die Landtagsdebatten ins Gedächtnis zurück, man erinnere sich des Schicksals, das alle Anträge auf Tarifreformen gehabt haben, und man wird mit uns zu der Ueberzeugung kommen, daß die von dem Minister getroffene Maßnahme keineswegs den Anfang einer wirklich zeitgemäßen Umgestaltung der Tarife bedeuten kann. Selbst wenn Herr von Thielen sich ernsthaft mit dem Gedanken einer Tarifreform trüge, woran wir vorläufig noch stark zu zweifeln wagen, so würde er doch einen solchen Gedanken solange nicht in die That umsetzen können, als die Junker den Staat regieren. Wie die Kanalpolitik, für die ein Mächtigerer als der Minister mit seiner ganzen Persönlichkeit eingetreten ist, an dem Widerstand der Junker gescheitert ist, so würde auch jede andere Verkehrsreform elend Schiffbruch leiden, wenn die Junker dagegen sind. Zuerst beseitige man die Junkerherrschaft in Preußen, dann wird wie für andre Kulturaufgaben so auch für Tarifreformen die Bahn frei werden!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juli.

**Die Jahresberichte der preussischen Fabrikinspektoren** sind uns jetzt zugegangen. Die Dederke'sche Verlags- und Buchhandlung sandte uns ein Exemplar derselben zugleich mit einer Verichtigung der Darstellung in dem Artikel in Nr. 156 des „Vorwärts“. Danach wäre unsem Voten nur mitgeteilt worden, daß zur Zeit noch keine Exemplare der Berichte fertig seien, daß sie sich vielmehr beim Buchbinder befinden und unsre Bestellung in den nächsten Tagen an erster Stelle erledigt werden würde. Es sei dem Voten nicht gesagt worden, daß die Berichte bereits erschienen seien, sondern man habe ihn nur darauf hingewiesen, daß die Exemplare zu amtlichen Gebrauche seitens der Behörde bereits verteilt worden seien, wobei es sich nicht um die zum buchhändlerischen Vertriebe bestimmten Exemplare handle.

Danach sieht jedenfalls fest, daß bereits eine Anzahl Exemplare verteilt worden sind, ehe wir eins erlangen konnten, wobei wir gern die Zuvorkommenheit anerkennen wollen, daß wir sofort nach den Behörden und nachdem unsre Beschwerde bekannt geworden, „an erster Stelle“ an die Reihe gekommen sind. Werkwürdig ist allerdings, daß die Buchbinderschwierigkeiten erst behoben waren, nachdem wir unsre Beschwerde veröffentlicht hatten.

An den Berichten vermischen wir immer wieder aufs neue schmerzlich eine den Einzelberichten vorausgehende allgemeine Betrachtung über ihren Gesamtkontext, ein schwerer Fehler, der auf den Mangel einer Central-Gewerbe-Inspektion zurückzuführen ist. Man muß die 28 Einzelberichte der 28 preussischen Gewerbe-Inspektionen (gegen 27 im vorigen Jahre) sorgsam durchstudieren, ehe man einen Ueberblick über das Ganze erlangt.

Die wirtschaftliche Krisis spiegelt sich schon deutlich in den Berichten wieder. Fast ohne Ausnahme konstataren die Beamten, daß gegen das Ende des Jahres 1900 Lohnherabsetzungen, Arbeiterentlassungen, Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten wären. Dazu wird in den Betrachtungen über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, aber die sich einzelne Beamte ansüßlich verbreiten, mehrfach konstatiert, daß die Arbeiter trotz des Lohnrückganges unter fortgesetzten Mietsteigerungen zu leiden hatten und es wird deshalb den Vorkämpfern auf Bekämpfung des Wohnungslebens und des Wohnungsmangels für Arbeiter Erwähnung gethan. Auch die große That der Berliner Stadtdäter mit ihrer König-Friedrich-Stiftung wird hervorgehoben. Eine Kritik dieser Unzulänglichkeit darf man natürlich von einem königlich preussischen Gewerbe-Inspektor selbst dann nicht erwarten, wenn er, wie es nach den Bemerkungen des Berlin-Charlottenburger Beamten den Anschein hat, den Umfang und die Bedeutung des Mietswunders erkannt hat.

Besondere socialpolitische Einsicht von preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu erwarten, hat man ja nach ihren Berichten bisher noch niemals Anlaß gehabt. Der vorliegende beschäftigt das nur wieder aufs neue. Zwar ist es bemerkenswert, daß immerhin ein großer Teil der Einzelberichte Notiz nimmt von den Organisationsbestrebungen der Arbeiter, vergebens sucht man jedoch nach einem einzigen Worte zur Würdigung dieser Bestrebungen. Nur bei einem oder zweien der Berichte hat man die Empfindung, daß der berichtende Beamte diesen Bestrebungen nicht unfreundlich gegenübersteht, daß es aber in einem amtlichen preussischen Dokument nicht opportunt sei, dieser Sympathie auch unverhohlenen Ausdruck zu geben.

Bei dieser Sachlage kann es nicht Wunder nehmen, daß hinsichtlich der Fühlung der Aufsichtsbeamten mit den

Arbeitern im allgemeinen noch alles beim alten ist. Wie schon seit vielen Jahren konstataren die Beamten ohne Ausnahme eine zunehmende Besserung in dem Verhältnis zu den Unternehmern und nur mit ganz vereinzelten Ausnahmen konstataren sie ferner, daß im Verkehr mit den Arbeitern keine Besserung eingetreten sei. Die preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten genießen nicht das Vertrauen der Arbeiter; sie wissen das und sie geben auch zu, daß es anders sein sollte. So begegnet man mehrmals der Bemerkung, daß es nur anders werden könne, wenn den Arbeitern die Ueberzeugung beigebracht werden kann, daß auch ihre Wünsche und Beschwerden vorurteilslos und unparteiisch geprüft würden. Die Erkenntnis, daß der Fabrikinspektor dieses Vertrauen durch altes Handeln zu erwerben suchen muß, ist den preussischen Herren leider noch nicht gekommen, obwohl sie doch an der badischen Fabrikinspektion ein recht eindringlich wirkendes Vorbild haben.

Nur ein Bezirk macht davon eine Ausnahme: der Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Beamten dieses Bezirkes sind offenbar nicht mehr fern von der Erkenntnis des richtigen Weges, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. So heißt es in der Einleitung dieses Berichts:

„Auch seitens der Arbeiter wird der Gewerbe-Aufsicht erfreulicherweise in wachsendem Umfange Vertrauen entgegengebracht. Neben zahlreichen Hilfen, in denen Arbeiter direkt die Hilfe und Unterstützung der Gewerbe-Aufsichtsstellen mündlich oder schriftlich in Anspruch genommen haben, suchen und finden auch die Arbeiterorganisationen immer mehr Fühlung mit den Beamten...“

Die Aufsichtsstelle in Essen ist während des Betriebsjahres von 31 Arbeitern und 13 Vertretern von Arbeitervereinen der verschiedensten Richtungen ausgesucht worden und es ist den Beamten mehrfach gelungen, berechtigten Ansprüchen der Arbeiter Geltung zu verschaffen, auf die Zurücknahme der Entlassung von Arbeitern erfolgreich hinzuwirken und Hilfe und Rat in Nothständen mancherlei Art zu gewähren. Zur Belehrung der Arbeiter über die zu ihrem Schutze erlassenen Gesetze und Bestimmungen hielt der Gewerbe-Inspektor auf besonderen Wunsch von Vereinsvertretern vier Vorträge und beteiligte sich in acht Versammlungen an den diesbezüglichen Besprechungen. Dem Vertreter des Essener Ortsverbandes der deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunder) gab er bei Gelegenheit der Vorbereitung zu den Gewerbegerichtswahlen auf Ersuchen Material und Anleitung zu einem Vortrage über Gewerbegerichte.“

In dem Düsseldorfer Specialbericht heißt es: „Das von der Düsseldorfer Polizeiverwaltung neuerdings eingeführte Verfahren, die Protokolle der öffentlichen Arbeiter-versammlungen, sofern in den letzteren Uebelstände in den gewerblichen Betrieben oder sonstige die Gewerbe-Aufsicht berührende Fragen zur Erörterung gelangt waren, mir zur Kenntnisnahme zu übersenden, kann zur allgemeinen Nachahmung meines Erachtens nur empfohlen werden, da diese Verhandlungen meist einen wertvollen Einblick nicht nur in die Betriebsverhältnisse einzelner Anlagen, sondern auch in die Anschauungen und Wünsche der Arbeiter gewähren. Aus demselben Grunde habe ich auch der von der hiesigen Zahlstelle des christlichen Holzarbeiter-Verbands an mich ergangenen Einladung zum Besuch einer ihrer Mitglieder-versammlungen gern Folge geleistet.“

Wir wollen keineswegs behaupten, daß dies schon der Gipfel der Einsicht in die wahren Aufgaben des Fabrikinspektors darstelle; ersehen wir doch vor allen Dingen daraus nicht, ob das geschilderte Entgegenkommen allen gewerkschaftlichen Organisationen ohne Ausnahme der Richtung gilt oder nur den christlichen und den Hirsch-Dunder'schen, und wir können auch nicht finden, daß die Berichtserstattung durch die Polizei ein idealer Zustand ist, aber es sieht doch wohlthuend ab gegen das Verhalten der übrigen preussischen Beamten und bildet wenigstens den Anfang zu einem ernstlichen Versuch, den Arbeitern zu zeigen, daß der Fabrikinspektor in erster Linie ihr Vertrauensmann sein soll.

### Deutsches Reich.

**Die Possibilität des Bürgermeisters.** Ein Berichterstatter versendet die folgende Mitteilung:

„In Sachen der Bürgermeisterwahl hatte die „Freie Ptg.“ die Meinung verbreitet, daß das Gesamtministerium, den Grafen Bülow mit eingeschlossen, dem Kaiser die Bestätigung des Stadtrats Kaufmann empfohlen habe. Demgegenüber wird uns von unterrichteter Seite versichert, daß in der kritischen Zeit, während welcher die Angelegenheit der künftigen Vorprüfung unterlag, eine Sitzung des Staatsministeriums überhaupt nicht stattgefunden habe. Sowohl unter der Regide des Herrn v. Rheinbaben, wie der des Herrn v. Hammerstein (der ja die Alten fast abgeschlossen übernahm) wurde die Bestätigung Kaufmanns, gegen dessen Wahl niemand etwas einzuwenden wagte, für so selbstverständlich gehalten, daß man gar nicht daran dachte, das „Gesamtministerium“ zu einer Beratung der Bürgermeisterwahl zusammen zu rufen. Um so größer war dem auch die Ueberraschung im Ministerium, als dort die Nachricht von der Nichtbestätigung Kaufmanns eintraf, eine Nachricht, deren Tragweite für weitreichend genug gehalten wurde, um den Oberbürgermeister Kirchner persönlich in das Ministerium kommen zu lassen, bevor der abtretende Beschaid im ordnungsmäßigen Instanzenzuge, d. h. auf dem Umwege über Potsdam, nach dem Rathause gelangte. Jetzt, nachdem sich die Aufregung einigermaßen gelegt hat, sagen selbst Anhänger der Kandidatur Kaufmanns, daß ein anderes Resultat nicht zu erwarten gewesen wäre, weil den Bürgermeistern von Berlin dem Hofe gegenüber gewisse Repräsentationspflichten oblägen, bei welchen einzig und allein die Eitelkeitsfrage den Ausschlag gebe; auch der zweite Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt müsse

„hoffähig“ sein, und diese Eigenschaft gehe einem verabschiedeten Offizier ab! Deshalb haben die Kungen Herren das nicht zur Zeit gesagt? Der Gegenstand ist Kaufmanns, Schulds D o v e, hatte ja im Ausschusse ursprünglich die Majorität und ist bei der Wahl selbst nur mit wenigen Stimmen unterlegen; jener Grund würde also gewiß abschlagend für Dove gewesen sein. Von Anhängern der Weubrunl-Partei wird übrigens auch die Thätigkeit Kaufmanns in Sachen der veralteten Konfiskations-Ordnung ins Treffen geführt; indes kann doch eine solche rein juristische und geschäftliche Frage, bei der es sich um die Wahrung der vertriebenen Rechte der Stadtgemeinde gegenüber ausnehmend ungerechtfertigten Forderungen handelt, keinen Einfluß auf die Beurteilung der Qualifikation zum Bürgermeister haben! Jedenfalls will man, wenn wieder ein ehemaliger Offizier auf den Bürgermeisterposten reflektiert, dessen Militär-Verhältnisse einer genaueren Prüfung unterziehen, die einen Rückschuß auf seine „Hoffähigkeit“ gestattet. Davon ist man auch in städtischen Kreisen sehr überzeugt, daß die Entscheidung des Kaisers in der Verfassungfrage eine definitive ist; auf eine kommissarische Verwaltung wird man es sicher nicht ankommen lassen.“

Während dieser Kommunalberichterstattung es für selbstverständlich hält, daß Berlin einen hoffähigen zweiten Bürgermeister haben müsse und darum die Wahl Kaufmanns überhaupt für einen Fehler erklärt wird, der sich nicht wiederholen würde, behauptet ein Magistratsbevollmächtigter, daß die Nichtbestätigung dazu beigetragen habe, allgemeine Sympathien für Kaufmann zu erwecken. Bei der zweiten Wahl dürfte, so erklärt der Gewährsmann, Kaufmann einstimmig gewählt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Regierung einen Staatskommissar ernennen wird.

Die Zukunft wird lehren, welcher Berichterstatter den Charakter des Kommunalstreits richtig eingeschätzt hat, ob ihm an der Hoffähigkeit mehr liegt als an der Tüchtigkeit und Unabhängigkeit. Heutzutage sind die Herren Landräte und Regierungspräsidenten, denen wegen ihrer Kanakleindschaft die Hoffähigkeit gekündigt worden ist, alsbald doch wieder als würdig befunden worden, hohe Staatsstellen einzunehmen. —

**Gefinnungslosigkeit ist die erste Bürgermeisterverschuldung.** Die „Post“ bekämpft sich zu dem unser ganzes Staatsleben revolutionierenden Grundsatze, daß für die Verwaltung eines Amtes die Tüchtigkeit des Manns und nicht die politische Gefinnung entscheidend sein müsse.

Ein schöner Grundsatze, nur würde er, in die Wirklichkeit überseht, die Wirkung haben, daß der ganze konservative Verwaltungsapparat bis zu den Ministern herauf mit neuen Männern besetzt werden müßte, die über weniger konservative Gefinnung und mehr Tüchtigkeit verfügen.

Wie kommt aber die „Post“ zu ihrem umstürzlerischen Grundsatze? Sie meint lediglich, daß für kommunale Bürgermeister nur Leute tüchtig seien, die gefinnungslos sind. Phantome, Hofgänger, Agrarier, Scharfmacher, und wären sie die leeren Nullen, sind für die städtische Verwaltung geeignet, nur nicht Männer mit Gefinnung! —

**Die menschenunwürdigen Wohnverhältnisse der Wanderarbeiter** sollen fortbestehen. Eine Korrespondenz berichtet:

Der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg ist seitens der Regierung der Entwurf einer Polizeiverordnung bezüglich der Wohnungen der Wanderarbeiter zur Begutachtung unterbreitet worden. Mit dieser Angelegenheit beauftragte sich der Vorstand der Landwirtschaftskammer in seiner letzten Sitzung. Der in derselben anwesende Oberpräsident von Bethmann-Hollweg gab am Schluß der Beratung die mit Befriedigung aufgenommene Erklärung ab, daß er mit dem neuen Entwurf eine Verschärfung der für den Potsdamer Regierungsbezirk gültigen Verordnung nicht beabsichtigt habe und daß er ferner mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlimme Lage der Landwirtschaft von einer beschleunigten Erledigung der Angelegenheit absehe. Der Vorstand beschloß hierauf, den Entwurf zur mündlichen Verhandlung im Sonderausschuß für Wirtschaftspolitik zurückzuzurücklassen.

Die teilweise schlechten Ergebnisse der Getreide-Ernte bieten also den Vorwand, etwas Durchgreifendes für die Verbesserung der in hygienischen und moralischen Hinsicht so überaus bedauerlichen Wohnverhältnisse für Wanderarbeiter zu thun. Wären auch die von der Miskerte betroffenen Landwirte augenblicklich wirklich in einer gewissen Not sein, laufend sich schlimmer ist die Not der Wanderarbeiter. In demselben Augenblick, in dem den ärmsten Proletariatsangehörigen wird, durch neue Zoll-Liebesgaben auf ihre Kosten den Grundbesitzern eine bessere Lage zu ermöglichen, entziehen sich diese den elementarsten sozialen Pflichten und die Regierung bestärkt sie noch darin. —

**Ueber die Kosten des vornehmsten Noth** schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

Als der vornehmste Noth ist der Noth des ersten Garde-Regiments zu Fuß am Sonntag bezeichnet worden. Das erste Garde-Regiment zu Fuß zeichnet sich dadurch aus, daß es ausschließlich adelige Offiziere in seinen Reihen zählt, darunter 11 Prinzen und 17 Grafen. Zu den Eigentümlichkeiten dieses Offiziercorps gehört es, daß es allein in der ganzen Armee neben der Besoldung, Wohnungszuschuß, Servis usw. auch noch einen Kleidergeldzuschuß erhält. Dieser Kleidergeldzuschuß beträgt 15 Mark monatlich für den Offizier. Außerdem beziehen die Offiziere dieses Regiments ein höheres Tischgeld; während sonst nur die Subaltern-Offiziere Tischgeld beziehen und zwar für jedes Bataillon zusammen 60 M. monatlich, erhält im ersten Garde-Regiment der Stabsoffizier monatlich 120 M. Tischgeld, der Hauptmann 60 M., der Lieutenant 30 M., der Feldwebel 12,50 M., der Fähnrich 18 M. Die Unteroffiziere haben eine um 3 M. höhere Löhnung, die Gefreiten und Gemeinen eine um 1,50 M. höhere Löhnung.

Noch eine andre Eigentümlichkeit des Regiments besteht darin, daß es statt 12 1/2 Paupleute zählt. Der dreizehnte Hauptmann wird im Etat geführt, ist aber in Wirklichkeit nicht vorhanden und niemals vorhanden gewesen. Gleichwohl wird für diesen jahraus, jahrein die Besoldung, Wohnungszuschuß, Servis, Kleidergeldzuschuß und Tischgeld veranschlagt. Bei einer Etatsdebatte im Reichstage wurde dieser Hauptmann als der „ausgestopfte Hauptmann“ bezeichnet. Dabei stellte sich heraus, daß die Einkünfte dieses papierenen Hauptmanns zu einem besonderen Dispositionsfonds fließen, der unter die Angehörigen des Regiments verteilt wird.

Man ersieht daraus, daß der vornehmste Noth mit Hilfe eines besonderen Kleidergeldzuschusses ermöglicht wird. —

**Die Kritik.** Die Chemnitzer „Allg. Ztg.“ meldet: Die sächsischen Spinnereien werden infolge großer Vorräte der süddeutschen und der rheinisch-westfälischen Spinnereien eine Reducierung der gesamten Betriebe vornehmen. Die Höhe der Betriebsreducierung wird in den nächsten Tagen festgesetzt werden. —

**Das Kanalgespinnst** hat Herr v. Thielen in einer Rede zu Koblenz herausbesprochen. Er sagte nämlich: Sein Standpunkt zur Wasserstraßen-Frage sei bekannt. Er werde Gelegenheit haben, ihn in der nächsten Landtags-Session bis bisher zu vertreten.

Diese Hoffnung wird nun bereits seit zwei Jahren in mannigfachen Reden ausgesprochen. Die Geduld des Ministers wirkt rührend, mit der er immer wieder den Kanal empfiehlt, der doch nicht gebaut wird, weil es die Konservativen nicht wollen.

Ober sollte Herr v. Thielen die Absicht haben, den Landtag aufzulösen? —

**Die marokkanische Gesandtschaft** ist am Sonntag von dem deutschen Kaiser in Audienz empfangen worden. Nachdem der außerordentliche Botschafter des Sultans von Marokko eine Ansprache an den Kaiser gehalten hatte, in der er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich „die Bande der fest gegründeten Freundschaft

zwischen den hohen Regierungen des Deutschen Reiches und Marokkos“ noch „fester schließen“ möchten, erwiderte Wilhelm II.: „Es gereicht mir zur Freude, Sie als außerordentlichen Botschafter Seiner Kaiserlichen Majestät zu begrüßen. Wenn erblide ich in Ihrer Entsendung einen neuen und dankenswerten Beweis der freundschaftlichen Gesinnungen, welche Ihre erlauchter Herrscher, dem ich meinen kaiserlichen Gruß durch Sie entbiete, mir und dem Deutschen Reich entgegenbringt. Diese Gesinnungen werden von mir aufrichtig erwidert und ich hoffe, daß die Wahl einer so hervorragenden Persönlichkeit wie Sie als Abgesandten besonders dazu beitragen wird, die guten Beziehungen, welche seit lange zwischen Deutschland und Marokko bestehen, zu befestigen und zu entwickeln.“

Trotz dieses Austausch von Höflichkeiten wird der Sultan von Marokko kaum darauf rechnen dürfen, in Deutschland in seiner schwierigen Lage Frankreich gegenüber in kritischen Zeitläuften eine Stütze zu haben. Zwar hat ja der französische Minister des Auswärtigen, Delcassé, mehrfach versichert, daß Frankreich fest entschlossen sei, die Integrität Marokkos strengstens zu respektieren, allein Frankreichs Ameringegensätze auf Marokko sind längst ein offenes Geheimnis. Sollte Marokko einmal das Unglück haben, Frankreich die Gelegenheit zu bieten, die gekraulte Unschuld zu spielen, so würden ihm Deutschlands freundschaftliche Gesinnungen ebenso wenig nützen, wie Transvaal die seiner Zeit noch lebhafter bestundenen Sympathiebetreibungen.

Vielleicht darf in diesem Zusammenhang auch an die fast gleichlautenden Worte erinnert werden, die Wilhelm II. am 14. Juni 1896 ebenfalls an den außerordentlichen Botschafter einer außer-europäischen Macht richtete, an Li-Hung-Tschang. Der Kaiser sagte damals:

„Wenn erblide ich in Ihrer Entsendung einen neuen wertvollen Beweis der freundschaftlichen Beziehungen, die Ihr mächtiger Gebieter mir und dem Deutschen Reich entgegenbringt. Ich erwidere dieselben mit aufrichtigem Herzen.“

Die späteren Ereignisse, das Einschlagen des ersten Ringels in Ostasien, die „Pachtung“ von Kwantchou und der Ostasiatische Kreuzzug sind mämlich bekannt. —

**Kolonialschmerzen.** Aus einem Privatbriefe meldet das „Weiß. Volksw.“ folgenden blutigen Vorfalle in Kamerun:

„Die schwarzen Schurken haben im vorigen Monat in meiner Nähe wieder ein verruchtes Werk fertig gebracht. Den guten Bezirkshauptmann Meyer haben sie im Urwald trotz 15 Soldaten Bedeckung überfallen. Meyer erhielt einen Streifschuß an der Stirn, einen Schuß in die Oberlippe und einen in den Rücken. Der letztere war mit Eisenstücken so geladen gewesen, und es haben zwei Stüde gut durchgeschlagen bis zur vorderen Brustwand. Sie sitzen noch in der Brusthöhle. Meyer lebt weiter, muß aber mit dem nächsten Dampfer nach Deutschland, um dort operiert zu werden. Zwei Soldaten wurden auf der Stelle totgeschossen, ein dritter starb nach einer schweren Verwundung.“ Eine amtliche Bekanntgabe des Ereignisses ist bisher nicht erfolgt.

Der Brief, der sich mehr durch Gefinnungslosigkeit und Eingeborenenverachtung als durch historische Genauigkeit auszeichnet, vergißt ganz den Grund für den Ueberfall des Bezirkshauptmanns mitzuteilen. So arme Schurken werden die Eingeborenen kaum gewesen sein, daß sie das Kommando aus reiner Lust am Totschlag überfallen haben. Jedenfalls werden Reibungen vorausgegangen sein, über die wir freilich, da den „Schwarzen Schurken“ nicht gleich den Boeren ein Preßbureau zur Verfügung steht, eine objektive Darstellung niemals erhalten werden.

Möglichst wird der Vorfalle wieder dazu benutzt werden, für eine Verstärkung der Schutztruppe in Kamerun Stimmung zu machen. Der Reichszuschuß von über 2 Millionen Mark ist ja nur ein so geringfügiger!

Wachen in Deutsch-Westafrika die eingebornen Zweifelhäuter der Kolonialverwaltung zu schaffen, so machen in Deutsch-Ostafrika gar die unbotmäßigen Vierfüßler der Schutztruppen das Leben sauer. Wie nämlich die „Deutsch-Ostafrikanische Ztg.“ vom 1. Juni berichtet, haben in der letzten Woche die Löwen den Kriegspfad beschritten und in nächster Nähe von Dar-es-Salaam im ganzen sieber Menschen geholt; und zwar ein Weib in dem nahen Palmwald, einen Regier in dem Dar-es-Salaam benachbarten Dorf Upanga, einen Schwarzen dicht bei der Karawanenerei und drei erwachsene Regier sowie ein Kind in der 4 1/2 Kilometer entfernten Kulepp-Schamba. Veranlaßt durch diese schrecklichen Raubereien, wurde unter Hinzuziehung der dortigen Askari-Compagnie ein großes Löwenjagd im Simbafalla, dem Lieblingsaufenthaltsort des Raubgeheules, veranstaltet, das jedoch leider erfolglos verlief. Dagegen schoß ein Sergeant der Schutztruppe einen fast ausgewachsenen Löwen in einer in Upanga aufgestellten Falle. Das Bezirksamt beabsichtigt jetzt, eine größere Anzahl Fallen in der Umgebung der Stadt aufzustellen, um auf diese Weise allmählich das benachbarte Gelände von dem gefährlichen Raubzeug zu säubern. —

**Der geführte Segelsport.** Ueber die Bestrafung des Kommandanten der „Gazelle“, Corvettenkapitän Reigle, der vom Kaiser 24 Stunden Stubenarrest zubüßte erhielt, weil er bei der Kieler Regatta die Startlinie durchkreuzt hatte, teilen die „Münchener Nachrichten“ mit, daß in der Eile und in der Erregung, wohl auch im Weger aber den geführten Start, ein Weg gewählt worden sei, der in den Augen des Corvettenkapitän Reigle etwas Verlegendes für ihn hatte: durch Signalisierung der Bestrafung von Schiff zu Schiff, die auch von den umliegenden Schiffen wahrgenommen ward, war die Bestrafung eines Stabsoffiziers sofort in der ganzen Marine bis zum gemeinen Mann herab bekannt. Da der Vorgesetzte, der die Strafe verhängte, der Kaiser war, gab es keinen Beschwerdeweg, und Reigle blieb gar nichts andres übrig, als seinen Abschied zu erbiten.

Darauf hätten sich dann, so wird weiter erzählt, die Vorgesetzten, u. A. auch Prinz Heinrich für den Frevler verwendet, dem denn auch Verdon gegeben worden ist, indem das Abschiedsgeld zurückverwiesen wurde. —

**Der Bremer Anschlag.** Der Oberste der Arbeitervereine, General z. D. v. Spig bringt, wo er nur kann, in jeglicher Rede die Wendung von dem höchst ersten „Bremer Anschlag“ an. Das hat er beispielsweise neuerdings in Düsseldorf. Sollte es für den General nicht an der Zeit sein, nachdem das Reichsgericht den „Attentäter“ ins Irrenhaus verwiesen, sich eine neue Rede einzulernen. So schwer laun das doch für einen General nicht sein. —

**Die katholische Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen,** die sich der Kaplan Schwippert in Düsseldorf hat zu Schulden kommen lassen, wird demnächst das Gericht beschäftigen. Der Fall ist noch in allgemeiner Erinnerung. Schwippert duldet nicht, daß zu einer im katholischen Krankenhause liegenden totkranken Frau der Chemann zugelassen wurde, weil das Paar im „Konkubinat“ gelebt habe. Die Ehegatten waren nämlich zwar standesmäßig aber nicht kirchlich getraut.

Die Düsseldorfener „Volkzeitung“ berichtet nun über die weitere Entwicklung des Falles das Folgende: Schon vor 14 Tagen sind ein Duzend Personen amtlich vernommen worden, und so weit wir unterrichtet sind, haben sämtliche Personen dazugehörig bekundet, daß die sterbende Frau Fäßbender, die von dem Kaplan eingelassen und von Herrn Fäßbender ferngehalten wurde, nach ihrem Gatten geradezu geföhrien hat. Die Staatsanwaltschaft hat sich des mehrdeutigen Falles mit Energie angenommen und wird voraussichtlich wegen der Dinge gegen den blutjungen Kaplan Schwippert die Anklage erheben wegen Freiheitsverletzung, begangen an einer sterbenden Proletarierin, und wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, weil der Kaplan die

rechtliche Ehe der Eheleute Fäßbender ein „sündhaftes Verhältnis“ und ein „Konkubinat“ genannt hat. Außerdem hat Fäßbender den Kaplan Schwippert wegen öffentlicher Verleumdung und Ehrabschneidung verklagt. Termin vor dem Schiedsrichter hat bereits stattgefunden, ist jedoch so verlaufen, daß Fäßbender nun weitere Schritte zu thun gezwungen ist. Sowohl der Kaplan Schwippert als auch der Schiedsmann Obligatörlager in Oberbill thaten ihr Bestes, Herrn Fäßbender von seinem Schritt gegen den Kaplan abzuhalten; der schwerbedrückte Mann aber blieb fest und hat sich an diese und an sonstige Einflüsterungen nicht gekehrt.

**Eine Niederlage des Gumbinner Gerichtsherrn.** Die der „Nat.-Ztg.“ aus Gumbinnen gemeldet wird, sind die von dem General v. Alten plötzlich entsetzten Rechtsanwälte des Sergeanten Fickel wieder als Verteidiger ernannt worden.

Die öffentliche Kritik des heillosen Verfahrens hat also wenigstens einen Erfolg gehabt. Wird man sich nun nicht auch entschließen, dem Geleze gemäß den Freigeisprochlenen freizulassen? —

**Das rote Großherzogtum.** Mit Schaudern hat die „Post“ die Nachricht vernommen, daß in Hessen die Socialdemokraten beschloffen haben, sich künftig nicht mehr der Ausübung des Wahlrechts zum Bürgermeisteramt zu enthalten. Der Schlußstein sprüht förmlich Bornesfanten über das „Proletarisch-land der Socialdemokratie“:

„Bisher hat die Socialdemokratie nur deshalb kein Gemeindevorstand beantragt, weil sie nicht auf die Beschäftigung hoffte. Nachdem einmal in Hessen mit der Prozedur gebrochen worden ist, daß die revolutionäre und die Staats- und Gesellschaftsordnung beschützende Socialdemokratie zu keinem öffentlichen Amte fähig ist, wird in Zukunft nur darauf gesehen werden, ob ein Kandidat nicht bereits in praxi mit den Gegebenen in Konflikt gekommen ist. Die Gefinnung wird nicht mehr gewogen und es bleibt ganz außer Betracht, daß die revolutionäre socialdemokratische Parteienschnung geradezu eine Disposition zu gegenwärtigen Akten in sich schließt.“

In derselben Nummer unmittelbar vorher seht die „Post“ auseinander, daß in der Bürgermeisterwahl die Gefinnung nicht gewogen werden dürfe, daß es nur auf die Tüchtigkeit ankomme — im Falle Kaufmann — und hier macht sie wieder die Fäßbkeit zum Bürgermeisteramt von der Gefinnung abhängig. Wie soll man es dem Herrn v. Fickel nun recht machen? Der Mann intriguiert nicht nur gegen seinen vorgelegten Minister, sondern auch gegen seine eigne Vernunft. —

**Nochmals Herr Ruhland.**

Man schreibt uns: Es dürfte bisher in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt sein, daß zur Zeit gegen den vielgenannten Herrn Dr. Ruhland ein nicht uninteressanter Prozeß schwebt. Wie man aus einer aus mehrfachen Gründen vertrauenswürdigen Quelle erfährt, hat ein französischer Abbe Herr Ruhland auf einen Schadenersatz von 300000 Franks verklagt. Der Franzose behauptet, er sei von dem Herrn Professor von Paris nach Freiburg i. Schw. gelockt worden, wo er an dessen „Getreidewarte“ Anstellung erhalten sollte. Die Erwartungen, die er auf Grund der unlandischen Verprechungen hegte, sollen jedoch nicht erfüllt worden sein, und er reiste deshalb wieder fort. Jetzt hat er nun den Herrn Professor beim Bezirksgericht in Freiburg verklagt.

Ob wohl dem Bund der Landwirte die Freundschaft und die Reiarartikel des Herrn Dr. Ruhland nicht schließlich doch etwas zu teuer werden? —

**Katholische Ordensfelde.**

Aus München, 8. Juli, wird uns geschrieben: Die Schauermärchen, die ultramontane Blätter über die entsetzliche Feindschaft der Socialdemokraten gegen katholische Pfister und Ordensleute öfter zu erzählen wissen, werden wieder einmal trefflich illustriert durch einen kleinen Skandal, der sich zwischen zwei katholischen Blättern in München zur Zeit abspielt.

Der von einem katholischen Geistlichen geleitete „Bayer. Kurier“ hat in Erfahrung gebracht, daß ein Ordensmann für das Konkurrenzblatt Abonnenten sammelt, wobei mannaal von dem „Kurier“ als einem Judenblatt geredet worden sei. Der „Kurier“ rügte sich dafür, indem er den Antienträger einen „vagabundierenden Schwindler“ nannte, der „gemeine Lüge, schamlose Kolportage, Verleumdung und ganz unbändige Unwahrhaftigkeit“ betriebe. Hinterher stellte sich heraus, daß der agquirierende Ordensmann Procurator des Christlichen Vereins der Arbeiter und Brater der Apostolischen Lehrgeellschaft ist.

Den katholischen Blättern wird es gewiß niemand vertuehren, wenn sie das Bedürfnis fühlen, in solcher Weise über angefehene Ordensleute herzufallen. Aber gefinnungsstüchtige Organe sollen nur auch keine Kolobildskizzen vergießen, wenn einem Säle abtreibenden und von der Kanzel gegen die Socialdemokratie hegenden Pfaffen gelegentlich von uns auf die Finger geklopft wird. —

**Ausland.**

**Oestreich-Ungarn.**

**Eine socialistische Versammlung von Bauern gesprengt.**

Aus Meran wird vom Montag gemeldet: Eine vom socialdemokratischen Reichsrats-Abgeordneten Seih einberufene Versammlung endete nach sehr stürmischen Verlauf mit Auflösung. Eine Anzahl Burgräfler Bauern erhob gegen die Ausführungen des Redners Widerspruch und stimmte, um Seih zu unterbrechen, die Volkshymne an. —

**Frankreich.**

**Die Einnahmen aus den indirekten Steuern** ergaben für den Monat Juni gegenüber dem Voranschlag einen Ausfall von 14 592 200 Fr. und gegenüber den Einnahmen im Juni 1900 einen Minderbetrag von 27 343 800 Fr. —

**Im Pariser Stadtrat** kam es am Montag zu tumultuarien Scenen. Die „Post. Ztg.“ schildert den Auftritt folgendermaßen:

Bei der Beratung über die städtischen Zuwendungen für die Arbeiterbüchse rügte der Nationalist Auffray das Aussteden roter Fahnen bei den Versammlungen der Berufsvereinigungen. Die Socialisten murkten. Stadtrat Chauvief: „Diese Schweine beschimpfen unsere Staatsfahne!“ Labusquiere sprang auf ihn zu und rief: „Meinen Sie mich?“ „Nein!“ erwiderte Chauvief. „Wen ich das Schwein?“ schrie ihn Colly an. „Wenn Sie wollen,“ war Chauvief Antwort. Der Satz war noch nicht beendet, als Chauvief bereits von Colly ein paar so wichtiger Ohrfeigen empfangen hatte, daß er sich überföhrien. Die Gallerien jauchzten Colly zu. Der Vorsitzende Dauffet verfügte ihre Räumung. Im Saal wurde in zwischen wild gerausgt und es dauerte lange, ehe die Ordnung hergestellt war. Dienstagsvormittag findet zwischen Colly und Chauvief ein Zweikampf statt.

**Belgien.**

**Die neue Kongovorlage.** Im Juli 1890 genehmigten Kammer und Senat einen Anleihe- und Annexionsvertrag, demzufolge Belgien der Privatgründung des Königs Leopold, dem Kongostaat, fünfundsiebzig Millionen Frank ändfrei pumpte, unter der Bedingung, daß Belgien das Recht zusehe, nach zehn Jahren den Kongostaat zu annektieren. Nach Belgien von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen. Nachdem nunmehr das erste Decennium abgelaufen, trat an Belgien die Frage der Annexion resp. der Verlängerung des Vertrages heran. König Leopold hatte nun einen neuen Vertrag vorschlagen lassen, durch den Belgien alle Annexionsrechte an den Staat und jede Kontrolle über denselben verlieren, alle finanziellen Verpflichtungen aber beibehalten sollte. Da das Parlament sich für einen derartigen Vertrag aber

erklärterweise nicht erwidern konnte, ist dem Vertrag im Aus-  
schuß nunmehr folgende neue Fassung verlesen worden:

Belgien verzichtet, da es an dem Recht des Königs  
als Souverän festhalten will, den unabhängigen Kongos-  
staat zu annektieren, für die gegenwärtige Zeit auf  
Rückzahlung der genannten Staat geliehenen  
Summen gemäß dem Uebereinkommen vom 3. Juli 1890,  
sowie auch auf Zahlung der Zinsen genannter Summen.  
Die finanziellen Verpflichtungen, welche der unabhängige Kongos-  
staat auf Grund obengenannter Uebereinkommen eingegangen ist,  
werden erst wieder in Kraft treten in dem Falle und von dem  
Augenblicke an, wo Belgien auf das Recht der  
Annexion des Kongostaats verzichtet.

Durch die neue Fassung des Vertrags wird also Belgien das  
Recht gesichert, später den Kongosstaat zu annektieren. Dies Recht  
erfährt allerdings dadurch eine erhebliche Einschränkung,  
daß in dem Vertrag der Zeitpunkt der Annexion nicht bestimmt,  
sondern dessen Festsetzung dem König überlassen wird.  
Belgien würde durch Annahme des Antrages also wohl auf die  
Verzinsung seines Darlehens verzichtet leisten, bezüglich  
des Zeitpunktes der Annexion aber ganz von dem Willen des  
Königs abhängig sein. Daß König Leopold den Zeitpunkt der  
Annexion, die die Anhänger der Kolonialpolitik sofort vollzogen  
haben wollten, für den Augenblick verhinderte und für die Zukunft  
möglichst lange zu verhindern suchen wird, erklärt sich durch das  
finanzielle Interesse des Königs an dem Unternehmen.  
Das lebhafteste Interesse an seiner Gründung verrät sehr deutlich ein  
Brief Leopolds vom 6. August 1885 an den Ministerpräsidenten  
Vermeert, in dem der König mit einer Anticipation wälscher  
Sprachelegie sagte:

„Mehr als jede andere soll eine gewerbe- und handeltreibende  
Nation wie die unsrige danach trachten, ihren sämtlichen arbeitenden  
Kräften Abzagebiete zu sichern... Diese vaterländischen Er-  
wägungen haben mein ganzes Leben beherrscht.“

Sie haben mich dazu bestimmt, das afrikanische Unternehmen  
ins Leben zu rufen. Diese Nähe war nicht vergebens, denn es  
hat ein junger, ausgedehnter, von Brüssel geleiteter Staat  
seinen Platz unter der Sonne friedlich gewonnen...“

Zu diesen „vaterländischen“ Mähen paßt es allerdings schlecht,  
daß König Leopold Belgien zwar zu wiederholten zinsfreien  
Darlehen an diesen „Platz unter der Sonne“ verleitet, aber dessen  
Vesthergreifung durch Belgien hartnäckig zu hintertreiben  
versucht.

Inse belgischen Genossen würden freilich auch eine  
Belgien angebotene Annexion des Kongostaats ablehnen. Die  
Kamerkeraktion beschloß, wie früher bereits mitgeteilt, jegliche  
Kolonialpolitik wegen der damit verbundenen Stärkung des  
Militarismus und der Zentralisierung der Ein-  
geborenen zu bekämpfen. Daß die letztere Beschränkung nur zu  
begründet ist, beweist die überreiche Liste einschlägiger  
Kriegsgreuel, die gerade im Kongostaate verübt wurden.

### England.

Einem faulen Frieden soll, nach der Versicherung mehrerer  
englischer Morgenblätter, die heute, Dienstag, stattfindende liberale  
Parteiversammlung zu schließen geneigt sein. Man werde  
die Differenzen über die südafrikanische Frage dadurch zu beglichen  
suchen, daß man Friedensbedingungen für die Boeren-  
staaten formuliere, die sowohl von der Linken wie von der Rechten  
der Partei acceptiert werden könnten. Campbell Bannerman  
werde voraussichtlich ein einstimmiges Vertrauensvotum er-  
halten und die Führung der Partei behalten. Es bleibt abzuwarten,  
ob die Linke zu einem derartigen faulen Kompromiß ihre Hand  
bieten wird.

### Bulgarien.

Auf der Suche nach Geld. Nach einer Pariser Meldung der  
„Neuen Freien Presse“ lief dort eine Meldung aus Petersburg  
ein, die russische Reichsbank habe der bulgarischen  
Regierung zur Deckung der laufenden Bedürf-  
nisse einen Voranschuss von sechs bis acht Millionen  
bewilligt. In Paris hätten behufs Abschusses eines  
80 Millionen Anlebens mit einer französischen  
Bankgruppe unter Führung der Banque de Paris Verhandlungen  
stattgefunden. Der zur Zeit in Paris weilende bulgarische Minister  
des Innern Sarafow hätte gestern der Bankgruppe von dieser Hilfs-  
aktion Mitteilung gemacht.

### Spanien.

Straßenkampf in Sevilla. Auf der Alameda kam es  
zwischen Arbeitern und Gendarmen, welche einen der  
Arbeiter verhaften wollten, zu einem Zusammenstoß. Die  
Arbeiter verwundeten mehrere Gendarmen mit Steinwürfen. Die  
letztere von ihren Schutzwaffen Gebrauch machten und auf die Ar-  
beiter feuerten. Ein Kind erhielt einen Kopfschuß. Der Präfect  
wollte die Ruhe wiederherstellen, wurde jedoch ebenfalls durch Stein-  
würfe verletzt. Erst herbeigeeiltem Militär gelang es, die Ruhe  
wieder herzustellen.

Deputiertenkammer. Das Haus setzte am Montag die Be-  
sprechung der Politik der Regierung betreffend die Religion und die  
katholische Kirche fort. Unares griff die Carlisten an und sagt, sie  
beanspruchten den Alleinbesitz der Religion. Republikanische Redner  
wenden sich gleichfalls gegen die Carlisten, denen sie vorwerfen, daß  
sie die Inquisition wieder einführen wollten.

### Asien.

Die Aguinaldo „gefangen genommen“ wurde, erzählt der  
„Daily Express“:

Ein Vertreter desselben hatte eine Unterredung mit einem Dr.  
Edward Rac Wood, einem Kaufmann aus Manila, der selbst  
Amerikaner ist und einer der ersten Leute, die unter dem neuen  
Regime in dem Philippinen-Archipel zu handeln begannen. Gegen-  
wärtig weilt er auf einer Erholungsreise in London. Dieser Herr  
erklärte, daß die ganze Geschichte von Justos ge-  
schichtlicher Gefangenennahme Aguinaldos erfinden sei.  
Seiner Darstellung nach fragten die Amerikaner, als sie einfielen,  
daß sie Aguinaldo nicht habhaft werden konnten, und daß es auch  
nicht gelang, seine Regierung zu beseitigen, was er für sich selbst  
haben wollte — jedermann habe doch heutzutage einen Preis für sich  
selbst. — Aguinaldo habe einen Preis genannt und die Ameri-  
kaner hätten ihn gezahlt. Aguinaldo habe sich  
doch schon einmal an die Spanier verkauft, also sei ihm der  
Gandel in diesem Falle durchaus nichts Neues gewesen. Er  
habe eben die Philippinos das zweite Mal gerade so betrogen wie das  
erste Mal. Ueberdies sei die ganze Sache den Philippinos ziemlich  
gleichgültig gewesen. Sie seien des Kampfes müde gewesen und  
hätten sich im Gegenteil noch geschmeichelt gefühlt, daß die Ameri-  
kaner die ganze Geschichte nach so viel Geldes wert gehalten hätten.  
Jetzt werde sich das Land bald beruhigen, und die Zustände, die zu  
erwarten wären, würden vermutlich allen Beteiligten besser gefallen  
als die früheren. Das amerikanische Kapital werde die Inseln mit  
niefiger Geschwindigkeit entwickeln, und wenn die Eingeborenen selbst  
etwas davon merken, würden sie durch und durch amerikanisch sein.  
Der Preis, der für Aguinaldo gezahlt worden sei, habe gerade  
eine Million Pfund Sterling betragen. Dies sei auch  
nicht zu viel gewesen, wenn man bedenke, daß der Krieg in jeder  
Woche so viel verschlungen hätte.

Unruhen auf Korea. Auf der Insel Kowpakt wurden  
nach einem Bericht aus Seoul bei einem Zusammenstoß der Be-  
wohner mit katholischen Missionaren und ihren Jünglingen angeblich  
800 Conventen und 15 Bewohner getötet. Die Missionare selbst  
blieben unverletzt, wie ein nach Kowpakt entsandtes französisches  
Kriegsschiff feststellte. Nach dem Gouverneur tragen die Getauften  
die Schuld. Die koreanische Regierung schickte Beamte und Truppen  
zur Untersuchung des Vorfalles nach dem Thator.

### Afrika.

London, 9. Juli. Eine Meldung der „Times“ aus Gerkogoby  
in Ogaden besagt: Die Abessinier vermochten den Aufenthalt

des Nullah nicht ausfindig zu machen. Sie griffen auf ihrem Zuge  
die Ker-Abraham an, einen mächtigen, dem Nullah ergebenen  
Stamm, verfolgten sie drei Tage lang und töteten 200 Mann. Die  
Abessinier zogen sich infolge ihres mangelhaften Verpflegungsdienstes  
zurück, wobei sie ihre Lasttiere schlachteten.

### Australien.

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die dem  
Bundesparlamente zugegangene Gesetzesvorlage, betreffend den  
Militärdienst, bestimmt, daß mit gewissen Ausnahmen alle  
männlichen britischen Unterthanen Australiens im Alter von 18 bis  
60 Jahren in Zeiten des Bedarfs verpflichtet sein sollen,  
Kriegsdienste zu leisten.

## Der Boeren-Krieg.

### Boerenverluste.

Ritchener meldet aus Pretoria vom 8. d. M.: Seit dem  
letzten Bericht vom 1. Juli sind nach Meldungen der verschiedenen  
englischen Truppenteile 40 Boeren gefallen, 27 wurden verwundet,  
182 gefangen genommen und 21 haben sich ergeben. Ferner wurden  
149 Gewehre, 7000 Patronen, 312 Wagen und eine große Anzahl  
Pferde und Rinder erbeutet.

Die englischen Verluste betragen für den 8. Juli 15 Tote,  
25 Verwundete, 6 Vermisste und 14 an Krankheiten Verlorene.

### Lord Roberts abermals Oberkommandant?

Rach „Weeky Dispatch“ ist für den Mittwoch ein  
Ministerrat anberaumt, um Maßregeln für die schleunige Be-  
endigung des Krieges in Südafrika zu erörtern. Die Regierung  
habe die Meldung empfangen, daß die Boerenführer entschlossen  
seien, den Kampf energisch fortzusetzen. Rötigenfalls solle  
Roberts wieder den Oberbefehl übernehmen, um  
den Feldzug rasch zu beendigen.

Wir zweifeln sehr daran, daß Lord Roberts seinen Kriegsruf  
so leichtsinnig aufs Spiel setzen würde!

## Krankenhauspflege und Wahlrecht.

Nach § 5 der Städte-Ordnung ist derjenige wahlberechtigt, der  
seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln  
empfangen hat. Die Unterbringung eines Hilfsbedürftigen oder  
eines derjenigen seiner Familienangehörigen, welche seinen Unter-  
stützungswohnsitz teilen, in einer Krankenanstalt kann Armenunter-  
stützung in diesem Sinne sein. Liegt aber Armenunterstützung auch  
dann vor, wenn lediglich eine bloß vorübergehende, allein durch  
Erkrankung herbeigeführte Hilfsbedürftigkeit vorhanden ist? Diese  
Frage wäre nach dem Sprachgebrauch des täglichen Lebens insbesondere  
für diejenigen Fälle zu verneinen, in denen der Aufgenommene oder das  
Familienhaupt bereit ist, die entstandenen Kosten zu zahlen und  
dieser Verpflichtung nach wiedererlangtem Vermögen oder durch  
Zahlung bewilligter Raten nachkommt. Ein solcher wird nach An-  
sicht auch der Berliner Stadtverordneten-Versammlung deshalb auf-  
genommen, weil er krank ist und nicht deshalb, weil er arm ist.  
Dementsprechend hat die Versammlung stets das aktive Wahlrecht  
solcher Personen anerkannt. Auf Klage eines Polizeisekretärs  
außer Diensten und des Magistrats gegen solche Beschlüsse hat aber das  
Ober-Verwaltungsgericht zuerst in der Entscheidung vom 17. März 1897 das Gegen-  
teil angenommen. Das höchste Verwaltungsgericht nimmt  
an, daß der Sprachgebrauch des täglichen Lebens nicht in  
Betracht komme, daß vielmehr solche Leute, auch wenn sie  
die ihnen bewilligten Ratenzahlungen pünktlich leisten, als Empfänger  
einer Armenunterstützung anzusehen seien, weil die Aufnahme in dem  
Krankenhaus oder die längere Behaltung in dem Krankenhaus mit  
Rücksicht darauf erfolgt ist, daß schließlich die Armendirektion  
Zahlung leistet. Unerheblich sei es, ob der an sich Wahlberechtigte  
oder ein derjenigen Familienangehörigen im Krankenhaus Aufnahme  
gefunden habe, welche seinen Unterstützungswohnsitz teilen. Die in  
diesem Erkenntnis niedergelegten Grundsätze sind in dem Erkenntnis  
des Ober-Verwaltungsgerichts vom 18. Mai 1900 wiederholt. In dem  
Erkenntnis vom 17. März 1897 wird hervorgehoben, daß „Krankheit  
und Mangel an Vermögen oder Kräfte zur Selbstbeschaffung der  
nötigen Anstaltspflege zusammen treffen“ und deshalb die Kranken-  
pflege als Armenunterstützung anzusehen seien. Folgerichtig  
ist in jenem Erkenntnis auch zwei Personen das  
Wahlrecht genommen, die Abschlagszahlungen  
in der Weise geleistet hatten, daß die Kranken-  
pflugeschuld voll getilgt war. Ebenso folgerichtig wird  
in dem Erkenntnis betont, daß spätere Abschlags-  
zahlungen... nicht nachträglich den Charakter der  
Unterstützung eines Hilfsbedürftigen zu ändern  
vermögen“ und daß die Sachlage im Zeitpunkt  
der Listenoffenlegung entscheidend ist.

Die in diesem Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts auf-  
gestellten Grundsätze müssen ohne Rücksicht auf ihnen allerdings  
entgegenstehende und wohl zutreffendere Ansichten anderer Gerichte,  
insbesondere des Bundesamts für das Heimatwesen, als zutreffend  
und unabänderlich unterstellt werden, wenn man an die Frage heran-  
tritt: Wie kann Berliner Wägern das Wahlrecht erhalten bleiben,  
welche in einem Krankenhaus aufgenommen sind und lediglich in-  
folge der Krankheit vorübergehend zahlungsunfähig sind,  
ihrer Zahlungsverpflichtung aber nachkommen  
wollen oder gar vor der Listenoffenlegung bereits  
nachgekommen sind?

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat in ver-  
gangenen Jahre einen Ausschuss zur Beratung dieser Frage ein-  
gesetzt. Der Ausschuss gelangte zu der Ueberzeugung, daß die von  
einer Seite beantragte Einrichtung einer Vor- oder Darlehns-  
kasse für solche, die vorübergehend zahlungsunfähig sind, dem klaren  
Vorstand der citierten Entscheidungen gegenüber nutzlos sei. Ist  
doch nach Anschauung des Ober-Verwaltungsgerichts die Auf-  
nahme in das Krankenhaus, die Verpflegung dortselbst,  
die Verbehaltung im Krankenhaus und keineswegs  
die Kreditierung der Krankenkassen das, was  
die Armenunterstützung darstelle. Von anderer Seite wurde  
in dem Ausschuss angeregt, freie Krankenhauspflüge für  
jeden krankheitsbedürftigen, in Berlin Unterstützungsberechtigten  
einzuführen. Denn allein die völlige Loslösung  
der städtischen Pflicht, für Heilung und Gesundung  
ihrer Bürger zu sorgen, von der Verpflegung  
der Stadt, als Armenverband Hilfsbedürftige zu  
unterstützen, könne Wandel schaffen und der Ansicht der Stadt-  
verordneten-Versammlung Geltung schaffen: wer krank ist und  
krankenhauspflugebedürftig, soll in den Krankenhäusern aufgenommen  
werden, weil er krank, nicht weil er arm ist. Nun würde  
die Verwirklichung dieses Gedankens vielleicht den Nachteil haben,  
daß Kranke von außerhalb nach Berlin ziehen, um hier unentgeltlich  
aufgenommen zu werden. Dieser Nachteil ließe sich beseitigen,  
wenn man die unentgeltliche Krankenhauspflüge auf diejenigen be-  
schränkt, die schon so lange in Berlin wohnen, daß sie das Wahlrecht  
erworben haben. Es könnte dann aber immerhin möglicherweise  
noch das Verlangen und Bestreben auswärtiger Armenverbände Unter-  
stützung finden, ihre gesetzlichen Pflichten durch Vermögung der Berliner  
unentgeltlichen Krankenhauspflüge auf Berlin abzugeben. Denn wäre dadurch  
vorzuziehen, daß nur solchen Personen unentgeltliche Krankenhauspflüge ge-  
währt wird, die ihren Unterstützungswohnsitz in Berlin bereits er-  
worben haben. Freilich würden hierdurch diejenigen vom Wahlrecht  
ausgeschlossen bleiben, die nicht in der Lage sind, die Krankenhauspflüge-  
kosten zu zahlen und sich noch nicht zwei Jahre lang in Berlin auf-  
gehalten haben, ohne Armenunterstützung zu erlangen. Das wäre  
ein Uebelstand, den man mit in den Kauf nehmen müßte. Ferner  
würde Vorfrage dafür zu treffen sein, daß nicht etwa die Kranken-  
kassen ihre Pflicht auf Berlin abgeben. Krankenkassen-Mitglieder  
müßten deswegen ausgenommen werden. Sache der Krankenkassen-  
Mitglieder selbst wäre es dahin zu wirken, daß endlich der be-

klagendwerte Zustand aufhört, daß in Berlin eine Anzahl Kranken-  
kassen ihren Mitgliedern nicht unentgeltliche Krankenhauspflüge, sondern  
lediglich das gesetzliche Mindestmaß gewähren.

Die finanzielle Tragweite eines solchen Beschlusses  
sei eine außerordentlich geringfügige. Allerdings lägen genaue  
Zahlen, welche einen solchen Beschluß in seiner finanziellen Trag-  
weite klarlegen würden, nicht vor. Aber ungefähre Zahlen seien doch  
aus dem Verwaltungsberichte des Magistrats beziehentlich der städti-  
schen Deputation für die städtischen Krankenkassen zu entnehmen.  
Der Verwaltungsbericht für das Jahr 1898/1899 zeigt, daß 794 354  
Mark die Gesamtsumme ist, welche den Krankenkassen an Arz-  
verpflegungs- und Beerdigungskosten erstattet worden sind. Die  
anderen Jahre weisen ähnliche Zahlen auf. Man geht deshalb nicht  
fehl, wenn man ca. 800 000 M. als diesjährige Summe bezeichnet, die  
alljährlich in städtischen Krankenkassen an solchen Kosten erstattet  
wird. Den allergrößten Teil dieser Summe — etwa  
700 000 M. und darüber — tragen die Krankenkassen. Die  
Statistiken der Krankenkassen zeigen, daß die Berliner Krankenkassen  
jährlich weit über eine Million verausgaben. Leider läßt sich aus dem  
Material nicht entnehmen, wieviel hiervon auf die städtischen Kranken-  
häuser entfällt. Jedenfalls beweisen die angeführten, wenn auch  
dürftigen Zahlen, daß durch die Verwirklichung der unentgeltlichen  
Krankenhauspflüge in diesem beschränkten Umfang verhältnismäßig nicht  
allzu hohe Kosten für Berlin mit seinen 8 Millionen im Armen-  
Etal erwachsen. Hierbei sei noch hervorzuheben, daß die Frage:  
Müssen Armenunterstützungen von den Unter-  
stützten zurückgezahlt werden? für Preußen seit der  
Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs durchaus nicht einwands-  
frei zu bejahen ist. Im Gegenteil dürfte diese Frage so zu  
verneinen sein, wie bereits vor der Einführung des Bürgerlichen Ge-  
setzbuchs diese Frage im Gebiet des rheinischen Rechts in ständiger  
Betrachtungspraxis verneint worden ist. Die Grundsätze der nützlichen  
Verwendung des Landrechts, aus denen heraus allein eine  
Erfüllungspflicht konstruiert werden konnte, sind beseitigt, die des  
Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechen nach dieser Richtung hin dem  
früheren rheinischen Recht. So lange daher nicht durch Landesgesetz  
ein Rückforderungsrecht des Armenverbandes konstruiert wird, — ein  
solches Recht besteht zum Beispiel in Württemberg, Sachsen,  
Mecklenburg, Hamburg — besteht eine rechtliche Verpflichtung  
zur Rückzahlung nicht, wenngleich einige ein solches Recht aus  
§ 68 des preussischen Gesetzes vom 11. Juli 1891 herleiten wollen.  
Ferner trete hinzu, daß der Kreis der unpfändbaren Gegenstände so  
erweitert worden ist, daß auch wenn eine Rückforderungspflicht be-  
stünde, in den meisten Fällen von einer praktischen Durchsührung  
dieser Pflicht keine Rede sein kann. Es dürfte auch nicht außer acht  
zu lassen sein, daß, falls die Folgen des Ober-Ver-  
waltungsgerichts-Erkenntnisses bestehen bleiben,  
die Neigung von Juristerrückstellungen von Kranken-  
hauskosten allmählich völlig schwinden wird.

Sei die finanzielle Folge des Beschlusses also keine sehr erhebliche,  
ja kann man fast sagen, ist die finanzielle Folge, so bald die Be-  
völkerung von der veränderten Rechtslage bezüglich  
ihrer Erstattungspflicht Kenntnis erhalten hat,  
gleich null, so sei ferner auch zu beachten, welchen großen Fortschritt  
ein Beschluß der angeregten Art auf dem Gebiete der vor-  
beugenden Armenpflege hervorzurufen geeignet sein möchte.  
Durch solchen Beschluß würde die wirtschaftliche Stellung  
der Erkrankten erheblich gestärkt, die Armenverwaltung von  
einer ja schwer zu schätzenden, aber sicherlich außerordent-  
lich hohen Summe befreit werden, die daraus erwächst,  
daß mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten im Krankenhause die  
Krankenhauspflüge nicht oder nicht rechtzeitig aufgeführt, dadurch  
aber eine Verelendung der Familie herbeigeführt wird, die das Ein-  
treten der Armenverwaltung zur Folge hat.

Diese Anregung freier Krankenhauspflüge fand in dem Ausschuss  
Sympathie auf allen Seiten. Als aber der Magistratsvertreter her-  
vorgehoben hatte, es sei doch vielleicht durch verwaltungs-  
technische Einrichtungen, durch eine mildere Praxis u. dergl.  
möglich, das Wahlrecht vielen im Gegensatz zu jetzt zu erhalten,  
einigte sich der Ausschuss und sodann die Stadtverordneten-Versam-  
lung zu dem Beschluß:

den Magistrat zu eruchen, geeignete Vorkehrungen zu treffen, um  
zu verhindern, daß Personen wegen gewährter Krankenhauspflüge das  
Wahlrecht entzogen werde.

Der Magistrat erforderte nunmehr von der Armenverwaltung ein  
Gutachten über diese Frage. In der Armenverwaltung wurde diese  
Frage nach allen Richtungen hin ausführlich beraten. Schließlich  
gelangte sie fast einstimmig zu der Ansicht, daß bei Befolgung der  
vom Ober-Verwaltungsgericht aufgestellten Grundsätze es unmöglich  
erscheint, das Wahlrecht vielen im Gegensatz zu jetzt zu erhalten,  
einigte sich der Ausschuss und sodann die Stadtverordneten-Versam-  
lung zu dem Beschluß:

denjenigen Personen, welche den Unterstützungswohnsitz in  
Berlin besitzen, das Recht einzuräumen, im Fall einer Anstalts-  
pflege-Bedürftigkeit für sich, ihre Ehefrau und diejenigen minder-  
jährigen unverheirateten Kinder, welche ihren Unterstützungs-  
wohnsitz teilen, unentgeltlich Aufnahme in einem städtischen  
Krankenhaus zu verlangen. Von der Einkümmung dieses Rechts  
wären die Mitglieder einer Krankenkasse für die Dauer der von  
der Krankenkasse zu leistenden statistischen Hilfe auszuscheiden.“

Hervorgehoben wurde, daß man ja auch die Ausnahme Geistes-  
kranker (mit einem Zuzug Hilfsbedürftiger, deren Angehörige geistes-  
krank sind, vorzubehalten) annehmen könnte. Trotzdem wurde dieser  
Antrag bekämpft. Er stelle zwar, so hieß es, den einzigen Weg dar,  
um aus dem Dilemma herauszukommen, aber er bereite den  
socialistischen Zukunftsstaat vor, er sei ungerecht, weil er die Kranken-  
kassen-Mitglieder ausschließe und die Reichsten mit einschließe, er  
würde Scharen von auswärtig Heranziehenden usw. usw. Der Antrag  
wurde schließlich im April d. J. abgelehnt und dem  
Magistrat über den negativen Erfolg der Be-  
ratungen der Armenverwaltung Bericht erstattet.

Seitdem schlummert die Sache im Schoße des Magistrats. Es  
bleibt abzuwarten, ob der Magistrat mit Vorschlägen an die Stadt-  
verordneten-Versammlung herantreten wird, oder ob aus der Reihe der  
Stadtverordneten von neuem Anträge zur Beseitigung der Anbill  
gestellt werden.

Die in der Zeit vom 15. bis 30. Juli offenliegenden Listen sind  
unter Befolgung des vom Ober-Verwaltungsgericht angenommenen  
Grundsatzes aufgestellt. Als nicht wahlberechtigt sind  
deshalb alle diejenigen erachtet, die ober deren  
Familienmitglieder in der Zeit vom 31. Juli 1900 bis  
30. Juli 1901 als Hilfsbedürftige in Krankenhäusern auf-  
genommen waren. Die nachträgliche Bezahlung verleiht das  
durch Aufnahme in ein Krankenhaus verlorene Wahlrecht nicht.  
Es ist deshalb zu einer nachträglichen Bezahlung nicht zu  
raten, vielmehr insbesondere während der Wahlzeit die Forderung  
unentgeltlicher Krankenhauspflüge auch mit Rücksicht auf  
die durch das Ober-Verwaltungsgericht und den Magistrat geschaffene  
Rechtslage zu propagieren.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schluß-Ankündigung. Eingegangene Beiträge für das Volkrecht.  
Denkmal vom 1. Juni bis 1. Juli 1901. D. 3. 1. — Beim Stat  
verord. Albert Thomd — 50. 188. Stadtdirekt. 4,60. Von der Johanne  
Pauer Charlottenburg, in der Berl. freim. Ges. 5,70. Von der Johanne  
Charlottenburg der Central-Krankenkasse der Raurer, Grundstein zur  
Einkauf 2.—. Herr Hoffmann, Weiden 1.—. Von einem Mitgliede  
3.—. Uebernahm vom Jägerhof, Charlottenburg, 6. 5. 608. Von dem  
Arbeits- und Druckereipersonal des „Volkrechts“ für Halle und  
Dessau 10.—. Aus Frankfurt am Main 4.—. Heinrich Kurz-  
mann 1.—. W. Freiberger — 50. Wes Spandan durch Pieper 27.—.  
170. Stadtdirekt (Hess) durch Sch. 25,95. 178. Stadtdirekt 8,50. Krewer,  
Red. der „Brandenburgischen Zeitung“ 57,50. Stadtdirekt 181 a IV. (Oh)  
durch Schabel 3.—. Stadtdirekt 181 a IV. (Oh) durch Köhler 3,50. Stadt-  
bezirk 181 b IV. (Oh) durch Dats 7,05. Stadtdirekt 189 a IV. (Oh) 7.—.  
III. Kreis, von der Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner 3.—.

IV. Kreis (Süd-Ost), Naumburg, Columbus 2,20. C. B. 1. — V. B. 1. — Dem christlichen Mann in verlegener Zeit 10,50. Bezirk 647 10,80. Gustav Greber, Pantow, 1. — Karby, Schiedweg, Dörflein 3. — Bahnbund bei Nollu gesammelt 1,80. Oberbergerstr. 48 1. — Bei der Geburtsstiftung: feier in der Rattenstraße, gesammelt von den Vätern 2. — V. T. 150. V. E. 10. Bezirk 649 5,90. S. B. Oberlattenburg 1. — Stat. Süd-Schwarzenberg 8,50. Galtier, Schwarzenberg — 50. Durch Wollersmann, Schneberg 1. — Johannisthal, durch Schinnow 7,20. Kohn, Boreu, Tanga-Nelond 4,70. S. u. S. Berliner West 31,40. D. N. 4. — II. Kreis, 110. Bezirk durch Hof 7,25. Bauarbeiter, Poststraße 10,50. — III. Kreis, G. B. 1. — IV. Kreis Ost, 178. Stadtbezirk 9,50. Amerikanische Kaution bei Franke, Wittenberg, Wilhelmstr. 84, 8,30. III. Kreis, G. B. 1. — Bezirk 450 und 452 5,75. Gesamt-Einnahme 6357,68 Mark. Revidiert und richtig befunden! Berlin, den 7. Juli 1901. U. Hinge, R. Wänsch, S. Rasche. J. A.: J. Piarr, Poststr. 10.

## Partei-Nachrichten.

Eine Parteiverammlung in Gera nahm den Bericht des Landtags-Abgeordneten Genossen Vetterlein über die Tätigkeit des Landtags entgegen und stellte dann für die nächsten Landtagswahlen 6 Parteigenossen als Kandidaten auf.

**Rechtsgleichheit in Ost- u. Lothringen.** Der Volksverein für das katholische Deutschland hält zur Zeit im Reichslande zahlreiche öffentliche Volksversammlungen ab, um seiner Partei-Organisation neue Glieder einzufügen und für die schon bestehenden neue Mitglieder zu werben. Seitens der Polizei und Verwaltungsbehörden werden ihm dabei nicht die geringsten Schwierigkeiten gemacht, alles geht vielmehr wie am Schnürchen, obwohl die Reihe der bei derartigen Veranstaltungen zu beachtenden Formalitäten hier zu Lande keine kleine ist. Während sich so die liberale Agitation in freier Weise entfalten kann, wird der Socialdemokratie gegenüber der gewohnte Entrechtungs- und Unterdrückungskurs unverändert weiter geführt. Ihre Versammlungen sucht man mit allen Mitteln zu unterdrücken, und ebenso wird ihren Anhängern auch der Zusammenschluss in örtlichen Parteiverbänden unmöglich gemacht. Erst die letzten Tage haben wieder ein Beispiel hierfür gebracht. Der provisorische Vorsitzende des in Gebweiler zu gründenden Arbeiter-Wahlvereins erhielt von der Kreisdirektion nach monatelangen Verzögerungen ein Schriftstück zugesandt, das wir als ein typisches Beispiel für die bequeme Konfession, mit der man im Reichslande die wichtigsten Rechte der Arbeiterschaft zu behandeln pflegt, hier wörtlich zum Ausdruck bringen wollen! (Es lautet:)

Gebweiler, den 1. Juli 1901.

Der Herr Bezirkspräsident hat mich durch Verfügung vom 27. v. M. (II. 5026) beauftragt, den Antrag auf Genehmigung des Arbeiter-Wahlvereins für Gebweiler und Umgegend abzulehnen und zu beheben.

Der für Stempelgebühren eingezahlte Betrag von 20 M. folgt zurück.

Der Kreisdirektor: Kleemann.

Also auch bei dieser Verfügung, die — nebenbei bemerkt — vom Sohn des eben verstorbenen Reichsfinanzlers, dem Colmarer Bezirkspräsidenten Alexander v. Hohenlohe-Schillingensfürst, ausging, hielt man die Angelegenheit nicht für erforderlich. Und doch hätte die Arbeiterschaft von Gebweiler so gern gewußt, warum man sie eines Rechts beraubt, das derselbe Beamte ihren Parteigenossen in Mülhausen und Colmar zugestanden hat.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Schmiede von Nixdorf und Witz, die bisher noch unter sehr rücksichtlosen Verhältnissen arbeiteten, haben in letzter Zeit, gleich ihren Berufsgenossen in Berlin und andern Großstädten, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen unternommen. Am Montagabend fand in den Appellhöfen in Nixdorf eine stark besuchte Versammlung statt, zu der auch einige geladene Meister erschienen waren. V. A. S. als Referent erläuterte in kernigen Worten die Forderungen: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Abschaffung des Koffers und Logierens, Beseitigung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit, event. 20 Pf. Zuschlag für jede etwa durchaus notwendige Ueberstunde. Der Versuch eines Meisters, diese Forderungen für unübersichtbar zu erklären, wurde von allen nachfolgenden Rednern widerlegt. Schließlich erklärte sich die Versammlung einstimmig für diese Forderungen, mit der Bedingung, dieselben den Meistern am Dienstag früh (9. Juli) zur sofortigen schriftlichen Anerkennung zu unterbreiten, bei etwaiger Ablehnung aber die Arbeit niederzulegen. Soweit wir bisher erfahren konnten, hat bereits die Mehrzahl der 23 Meister sämtliche Forderungen bewilligt.

Bei der Firma Fröhlich, Hollmannstr. 22, haben acht Ausschneiderinnen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

### Deutsches Reich.

Die streikenden Hamburger Kupferschmiede verbreiteten am Sonnabend ein Flugblatt in 30 000 Exemplaren, in dem der gegenwärtige Stand des Streiks beleuchtet und die Arbeiterschaft aufgefordert wird, die Kupferschmiede in ihrem Kampfe nach wie vor zu unterstützen. Die Arbeitgeber geben sich alle erdenkliche Mühe, Arbeitswillige heranzuziehen. In ganz Deutschland ist man bestrebt, Kupferschmiede aufzutreiben, um sie nach Hamburg zu schicken. Die Kellestanten müssen einen Revers unterschreiben, wonach sie sich gegen freie Reife vierter Klasse und 2 M. Gehalt verpflichten, mindestens sechs Wochen in Hamburg zu arbeiten. Es nützt aber alles nichts. Die Arbeitswilligen bleiben aus.

Aus Hannover sind, wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, einige Streikbrecher eingetroffen, und zwar Schüler der dortigen Handwerker-Schule, die, wie bürgerliche Blätter zur Rechtfertigung dieser streikbrechenden Jünglinge sagen, sich während der Ferienzeit „ohne Rücksicht auf socialdemokratische Theorien“ in ihrem Handwerk praktisch ausbilden wollen.

Gegen die praktische Bethätigung von Handwerkerschülern hat gewiß niemand etwas einzuwenden, es ist auch nicht einzusehen, wieso die Rücksicht auf socialdemokratische Theorien jemand abhalten könnte, sich in seinem Beruf weiter zu bilden. Wenn die jungen Leute aber ihren Fortbildungsdrang gerade in solchen Betrieben betätigen, wo die Arbeiter im Lohnkampf stehen, so ist das trotz aller Rechtfertigungsversuche von bürgerlicher Seite nichts anderes als eine planmäßig geleitete Streikbrecherlei, was auch daraus hervorgeht, daß die Schüler von ihrem Lehrer veranlaßt worden sind, den Hamburger Unternehmern zu Hilfe zu kommen.

Die Bauanschläger in Hamburg haben, wie bereits früher mitgeteilt, einen neuen Accordarif aufgestellt, für dessen Durchführung sie seit dem 26. Juni eintraten. Die Arbeitgeber sahen die Einführung des Tarifis dadurch zu umgehen, daß sie nur in Lohn arbeiten lassen. Die Anschläger wollen nun den Tarifisbewegung größeren Nachdruck verleihen, indem sie überall, wo der Tarifis nicht anerkannt wird, auch die Lohnarbeit verweigern. Dieser Beschluß ist am Montag bereits in Kraft getreten.

Die Zimmerer in Wernigerode befinden sich seit dem 1. April in einer Lohnbewegung. Zum 1. Juli war ihnen seitens der Meister eine Lohnerhöhung zugesagt worden, aber diese Zusage wurde nicht erfüllt und die Zimmerer legten deshalb am Sonnabendabend die Arbeit nieder. Es streikten ungefähr 60 Mann.

Das Essener Gewerkschaftskartell hat die Errichtung eines Rechtsbureaus beschlossen. Dasselbe soll am 15. Juli eröffnet werden.

Die Vereitigung, das Bureau in Rechtsfragen in Anspruch zu nehmen, wird erworben für organisierte Arbeiter durch Lösung einer für unorganisierte durch Lösung von zwei Legitimationskarten mit Jahresgültigkeit. Der Preis der Karte beträgt 50 Pf.

**Ein Lohnkampf in Oelbitten.** In Köslin sind schon seit zwölf Wochen mehrere Hundert Arbeiter ausgepörrt; sie kläglich unternommener Vermittlungsversuch scheiterte an dem Verhalten der Unternehmer, welche nach wie vor erklärten, die Arbeiter sollten erst aus dem Verband austreten. Die Differenzen begannen, als vor etwa elf Wochen 70 Arbeiter für ihre Arbeitsleistung eine bessere Bezahlung und eine kürzere Arbeitszeit forderten. Ein einflussreicher Unternehmer, Jede mit Namen, hatte ihnen in Aussicht gestellt, daß, wenn sie ihre Forderungen allen Holzplatzbesitzern zustellen würden, sich wohl eine Verständigung ohne Streik lasse; zu hoch sei die Forderung nicht. Anstatt der in Aussicht gestellten Verständigung bekamen Hunderte zunächst gänzlich unbeteiligte Arbeiter die Entlassung, wurden verhindert an freiwilliger Arbeit, gehindert, für den Unterhalt der Familie, für die Stillung des Hungers ihrer Kinder, für die Bestreitung des Mietszinses sorgen zu können. Im weiteren Verlaufe der Differenzen — so schreibt der Vorsitzende des Arbeiterverbandes im Hannoverschen „Volkswillen“ — forderten der Magistrat und alle Privatunternehmer von ihren Arbeitern den Austritt aus dem Verbands, den Verzicht auf ein gesetzlich garantiertes Recht.

Der Gewerbe-Inspektor, dessen Vermittlung die Ausständigen nachsuchten, hat sich nur ungern bereit erklärt, dieselbe zu übernehmen. „Wie komme ich — sagte er — dazu, hier zu vermitteln.“ Bei einer Unterredung mit den Arbeitern soll sich der Gewerbe-Inspektor als Gegner der gewerkschaftlichen Organisation, des Zehnstundentags und des Minimallohns bekannt und das auf Austritt aus der Organisation gerichtete Verlangen der Unternehmer zu rechtfertigen versucht haben. Da der Gewerbe-Inspektor in seinem amtlichen Bericht einen Zieglerstreik als das Werk socialdemokratischer Verhörungen bezeichnet, und auch, wie schon aus dem Vorstehenden erhellt, den Streikenden in Köslin gegenüber eine Haltung eingenommen hat, welche nicht gerade von besonderer sozialer Einsicht zeugt, so sind die Kösliner Arbeiter der Meinung, daß die „vermittelnde“ Tätigkeit des Gewerbe-Inspektors den Kösliner Kampf eher verschärft als gemildert hat.

**Aus Greiz** wird uns geschrieben: Eine Versammlung der Drunder besaß, am Sonnabend, den 13. Juli, bei der Firma Dreuter u. Golle in Döllau bei Greiz die Arbeit niederzulegen, da dieselbe alle Zuschriften der Lohnkommission, die die Wünsche der Drunder enthielten, unbeantwortet ließ. Die Kollegen werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen und Zuzug fernzuhalten.

**Na, wollt Ihr nicht aufhören?** Wenn ich hinaufkomme, schmeißt ich Euch unter.“ Diese Worte rief ein Arbeiter einigen Monreern zu, die während eines Streiks in Hahnau auf einem Bau als Streikbrecher thätig waren. Das Gericht erblickte in dieser Handlungsweise den Vorbestand der Rötigung und verurteilte den Arbeiter zu 3 Wochen Gefängnis.

### Ausland.

**Der Streik der Budapester Damenkonfektions-Arbeiter** ist beendet. Es wurde die 10<sup>1/2</sup>stündige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnhöhung erreicht.

**Zu dem großen amerikanischen Stahlarbeiterstreik** meldet das Wolffsche Bureau vom 8. d. M.:

In den Verhandlungen betreffend die Beilegung des Stahlarbeiter-Ausstands sind Schwierigkeiten aufgetreten, infolge der am Sonnabend erfolgten plötzlichen Entlassung von 12 Mann, welche der Vereinigung der Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter angehören. Der Vorsitzende dieser Vereinigung hat erklärt, es werde keine Konferenz stattfinden, bis die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt seien.

## Sociales.

Eine Urabstimmung über die Frage der Nachtarbeit veranstalteten die deutschen Bäckermeister. Seitens der Innungen sollen zu diesem Zweck 25 000 an alle selbstständigen Bäckermeister verschickt werden. Das Ergebnis der Urabstimmung soll dem Bundesrat unterbreitet werden.

Die Gesellen werden wohl nicht zögern, die gesetzgebenden Körperschaften auch von ihrer Meinung über die Nachtarbeit in Kenntnis zu setzen.

Ein städtischer Arbeitsnachweis ist in der vorigen Woche in Kopenhagen eröffnet worden. Die Arbeitsvermittlung ist für beide Teile vollkommen kostenlos. Derjenige, dem Arbeit angewiesen wird, erhält eine Karte, die er, wenn er vom Arbeitgeber eingestellt wird, unfrankiert in den nächsten Vierstufen zu werfen hat. Der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises hat letzten Winter eine Studienreise nach Deutschland gemacht; hat es aber als einen Uebelstand erlitten, daß in vielen städtischen Arbeitsnachweisen, namentlich in Süddeutschland, eine wenn auch nur geringe Gebühr von den Arbeitssuchenden erhoben werde.

Der Arbeitsnachweis ist ein paritätischer. Die Verwaltung besteht aus einem Bürgermeister, der als Vorsitzender fungiert, zwei Stadterordneten, darunter Genosse P. Knudsen, vier Vertretern des „Gesamtverbandes der Gewerkschaften“, darunter eine Frau.

## Gerichts-Beitrag.

Der Zusammenbruch der Aktiengesellschaft „Dorotheenstädtische Kreditbank“ in Berlin hat deren drei ehemaligen Vorstandsmitgliedern und Direktoren, Kaufmann Otto Müller, Fabrikant Karl W. Bahl und Kaufmann Sally Lefebvre, eine Anklage wegen Vergehens gegen die Konkursordnung zugezogen, die gestern unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Müller vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Die Angeklagten sollen die Handelsbücher, deren Führung ihnen oblag, so unordentlich geführt haben, daß sie keine Uebersicht des Vermögenszustandes gewährten, und ferner sollen sie es unterlassen haben, die Bilanzen des Vermögens des genannten Instituts in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen. Der Angeklagte Müller ist außerdem beschuldigt, durch eine zweite fortgesetzte selbständige Handlung wissentlich in seinen Darstellungen und Uebersichten über den Vermögensbestand der Gesellschaft oder in den in der Generalversammlung gehaltenen Vorträgen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unwahr dargestellt oder verschleierte zu haben. Die Angeklagten wurden von den Rechtsanwaltschaften Justizrat Bronker, Justizrat Kleinholz und Strafrichter verteidigt. Die Dorotheenstädtische Kreditbank, die ursprünglich eine Genossenschaft war, dann aber in ein Aktienunternehmen umgewandelt wurde, bestand seit dem Jahre 1889. Am 21. Mai 1899 geriet sie in Konkurs, die Aktionäre hatten sämtlich ihr Geld verloren. In der Kasse befanden sich nur wenige Mark, dagegen wurde festgestellt, daß die Bank schließlich mit einem Verlust von 218 243 Mark gearbeitet hatte. Nach dem Gutachten des Bücherrevisors Bachmann ist dies darauf zurückzuführen, daß die Bank gegen 180 faule Schuldner hatte, die ihre Wechsel von Jahr zu Jahr verlängerten, ohne Abzahlungen darauf zu leisten. Diesen Leuten hätte längst der Kredit entzogen werden müssen. Anstatt dessen wurden ihre Schulden in den Jahresbilanzen als Aktivposten aufgeführt, während sie nach Ansicht der Anklagebehörde als Abschreibungen oder als Reserve hätten gebucht werden müssen. Dadurch sei ein ganz falscher Vermögensstand vor Augen geführt worden, und die Dividendenverteilungen, die sich jährlich zwischen 20 und 30 000 M. bewegten, seien nicht gerechtfertigt gewesen. Die Angeklagten W. Bahl und Lefebvre gehörten von

1889 bis 1894 dem Vorstand an, dann schied W. Bahl aus und Müller trat an dessen Stelle. Sämtlich bestritten sie, daß sie die in Frage kommenden Schuldner für schlecht gehalten hätten. Sie seien ihren Pflichten nach besten Kräften und bestem Gewissen nachgekommen, natürlich hätten sie ihre Anstellung bei der Bank nur als eine Nebenbeschäftigung angesehen, die ihnen auch nur ein Gehalt von 1500 bis 2000 M. eingebracht habe. Es sei ihnen außerdem Kantien versprochen worden, die sie aber niemals in Anspruch genommen hätten. Wenn die Schuldner ihre Wechsel prolongiert hätten, anstatt sie einzulösen oder Abzahlungen darauf zu leisten, so hätten sie doch keinen Grund gehabt, dadurch auf schlechte Vermögensverhältnisse zu schließen, sondern es könne, wie es bei Geschäftsleuten und Handwerkern häufig vorkomme, ebensogut nur eine vorübergehende Zahlungsstörung vorliegen. Der Verteidiger Müllers, Justizrat Bronker, wies darauf hin, daß das Wesen derartiger kleiner Kreditinstitute ja gerade darin bestehe, kleineren Geschäftsleuten durch Diskontierung ihrer Wechsel unter die Arme zu greifen, eine pünktliche Einlösung am Versaltage sei gar nicht einmal vorgesehen. Wenn dem Angeklagten nachgewiesen werden sollte, daß er wider besseres Wissen gehandelt — und dies sei doch Sache der Anklagebehörde — so sei es doch unumgänglich notwendig, jeden Fall, in dem Kredit an Unwürdige gegeben sein solle, einzeln zu behandeln. Der Gerichtshof verurteilte nicht, daß dies mehrere Tage in Anspruch nehmen würde, der Fall sei aber typisch und das Interesse der Allgemeinheit erheische, daß die Pflichten der Bankvorstände genau festgelegt würden. Es wurde die Verurteilung der Verhandlung beschlossen. Zum nächsten Termin soll ein Sachverständiger geladen werden, der zum Vorstände eines großen Instituts gehört wie die frühere Dorotheenstädtische Kreditbank, und um Nachweisung eines solchen Sachverständigen sollen die Kellesten der Kaufmannschaft angegangen werden. Ferner sollen der betreffende Konkursverwalter und noch viele andre Zeugen geladen werden.

**Todesurteil.** Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Das Schwurgericht verurteilte heute den 44-jährigen Fuhrwerksbesitzer Karl Friedrich Thielcke aus Schönheim bei Pomm in Sachsen wegen Raubmordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Genau vor einem Monat hat der Angeklagte auf der Chaussee von Weidensee nach Könnern den 61-jährigen Dienstmacht Joseph Staab mit der Robecharke erschlagen, und schon heute stand er auf der Anklagebank. Der Staatsanwalt hielt es für angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Justiz im vorliegenden Falle äußerst schnell gearbeitet habe. Der Angeklagte, als Familienvater von 6 Kindern, war durch schlechten Geschäftsgang in Schulden geraten und dadurch zu der grausigen That, Staab zu ermorden zu berauben, geschritten.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Partei-Konferenz der englischen Liberalen.

London, 9. Juli. (W. Z. V.) Heute hat eine Versammlung der liberalen Partei stattgefunden. Campbell Bannerman erklärte, daß die Zwistigkeiten, die in der liberalen Partei ausgebrochen seien und die von vielen Mitgliedern der Partei bedauert würden, in Wirklichkeit nicht so sehr den Krieg, wie persönliche Fragen betrafen. Es sei Zeit, diesen kleinen Eifersüchteleien ein Ende zu machen, sonst würde die Partei aufhören, zu existieren. Er huldige nicht extremen Ansichten und sei nicht dafür, daß jemand von der Partei ausgeschlossen werde, doch müsse er auf Zusammenhalten und Einheit bestehen. Was den Krieg betreffe, so müsse dieser zu einem siegreichen Ende geführt werden, doch sei er der Ansicht, daß die Amnestie eine der Friedensbedingungen sein müsse. „Wir müssen“, so schloß Campbell Bannerman, „die einzelnen Bedingungen feststellen, sollten aber das Schwert in der einen, den Olivenzweig in der andern Hand haben, und uns geneigt zeigen, uns mit dem tapferen Feinde zu einigen.“ Asquith gab seiner größten Bewunderung für die Eigenschaften Bannermans Ausdruck und feignete, daß irgend welche Intriguen ins Werk gesetzt worden seien. Er verlangte weiter, daß diejenigen Mitglieder der Partei, die bezüglich des Krieges anderer Meinung seien als der Führer, völlige Freiheit hätten, ihre Ansichten kundzugeben, und sprach sich schließlich energisch für die Annahme eines Vertrauensvotums für Campbell Bannerman aus. Nach weiteren Reden von Harcourt und Grey wurde die Annahme eines Vertrauensvotums einstimmig beschlossen.

### Ausbreitung der Pest.

Sofia, 9. Juli. (W. Z. V.) Privatberichten aus Konstantinopel zufolge greift die Pest in der bedenklichsten Weise weiter um sich. Es sollen bereits in den wohlhabenden Bevölkerungsteilen Krankheitsfälle vorgekommen sein.

Kairo, 9. Juli. (W. Z. V.) (Wendung des Reuterschen Bureau.) Seit dem 7. April sind in Ägypten im ganzen 88 Personen an der Pest erkrankt, davon starben 37 und wurden 25 geheilt. Von den 28 Personen, die gegenwärtig noch an Pest erkrankt sind, kommen 21 auf Zagazig, 2 auf Alexandria und 2 auf Port Said.

Frankfurt a. M., 9. Juli. (W. Z. V.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Die unerwartete Ankunft des Abdiver von Ägypten in Konstantinopel soll in Verbindung stehen mit der angeblich vorgestern abend gleichfalls erfolgten Rückkehr des vor 1 1/2 Jahren geflüchteten Schwagers des Sultans, Damad Mahmud; ob letzterer wirklich zurückgekehrt ist, läßt sich nicht feststellen. Der Abdiver bemüht sich seit langem, eine Ausöhnung zwischen dem Sultan und Mahmud zu Stande zu bringen. — Die Legationssekretäre der italienischen und französischen Botschaft hatten einen Auszug nach Macedonien via Saloniki unternommen. Der Sultan hat nun die beiden genannten Botschaften ersucht, die beiden Reisenden zu begleiten, die Fortsetzung ihrer Reise wegen der angeblich dort herrschenden Unsicherheit zu unterlassen. Infolge des Wunsches des Sultans wurde den beiden Herren telegraphisch, von der Weiterfahrt abzuhelfen.

Köln, 9. Juli. (W. Z. V.) Der Petersburger Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ berichtet: Bei Tschumupo auf der Insel Kaula machen die Japaner photographische Aufnahmen; es geht das Gerücht, die Japaner wollten die Insel besetzen und die Koreaner von dort vertreiben. Der oberste Beamte der Insel berichtete an die koreanische Regierung und erbat Weisungen.

Paris, 9. Juli. (W. Z. V.) Nachdem die Vertreter der ausländischen Händlungsarbeiter eine Unterredung mit dem Finanzminister gehabt hatten, in welcher derselbe ihnen versprochen hatte, ihre Forderungen in Erwägung zu ziehen, haben die Arbeiter die Fortdauer des Streiks beschlossen.

St. Etienne, 9. Juli. (W. Z. V.) Nahezu 1000 Arbeiter der hiesigen Sammetfabriken sind in den Ausstand getreten, nachdem man ihnen eine Lohnerhöhung verweigert hat.

Rom, 9. Juli. (W. Z. V.) Wie verlautet, hat die italienische Regierung die Namen sämtlicher Quardisten in Erfahrung gebracht, welche an dem Komplott gegen König Humbert teilgenommen haben. Einem englischen Detektiv soll es gelungen sein, die meisten dieser Anarchisten durch einen Vorwand nach Italien zu locken, wo sie verhaftet worden sind.

Ugler, 9. Juli. (W. Z. V.) In der Vorstadt St. Eugen stürzte heute ein Wagners ein; wobei sechs Arbeiter verunglückt wurden; drei erlitten tödliche Verletzungen.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen

Bringen wir hier ein Verzeichnis sämtlicher in diesem Jahre zur Wahl stehender Wahlbezirke der III. Abteilung mit den dazu gehörigen Stadtbezirken und Straßen. Aus diesem Verzeichnis kann jeder Parteigenosse leicht ersehen, ob er in diesem Jahre wählen kann oder nicht. Wir bringen das Verzeichnis schon jetzt zur Kenntnis der Wähler, um ihnen damit die Einsichtnahme in die Wählerliste zu erleichtern. Wir erinnern die Berliner Arbeiter nochmals daran, sich die Ausübung ihres Wahlrechts durch Einsichtnahme in die Liste zu sichern.

Die Wählerliste liegt aus vom 15. bis 30. Juli, Poststraße 16, im Wahlbureau.

4. Wahlbezirk. Stadtbezirke 31-39, 45, 46. Bisheriger Vertreter: Dr. Virchow, liberal.

31. Bellevuestr. 1-10 u. 11a-22, Eichhornstr. 1-5 u. 8-12, Königgrätzerstr. 1-12, Königin Augustastr. 6-16, Lennestraße, Linkestr. 46, Margaretenstr. 9-11, Potsdamer Platz 1-2, Potsdamerstr. 1a, 1-23a u. 124-141, Schellingstraße, Victoriastr. 21-23.

32. Bellevuestr. 11, Kemper Platz (südliche Seite), Königin Augustastr. 17-29, Margaretenstr. 1-8 u. 12-20, Matthäikirchstraße, Regentinstr. 1-11, Sigismundstraße, Tiergartenstr. 1-9, Victoriastr. 21-23.

33. Wendlerstraße, Gildesbrandische Privatstraße, Hohenzollernstraße, Kaiserin Augustastr. 54-69, Kemper-Platz (nördl. Seite), Königin Augustastr. 30-53a, Regentinstr. 11a, Tiergartenstr. 10-37, der südöstliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, im Westen von der Hofjäger-Allee, einschl. dieser Allee und der Chaussee. In diesem Bezirk gehört das Gärtnersgrundstück an der Großen Quer- und Bellevue-Allee.

34. Corneliusstraße, Drakestraße, Friedrich Wilhelmstraße, Gerkales-Platz, von der Fehdstraße, Dübischstraße, Kaiserin Augustastr. 70-82, Lichtenstein-Allee, Rauchstraße, Stillerstraße, Tiergarten-Platz, der südwestliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, im Westen von der Hofjäger-Allee, einschl. dieser Allee und der Chaussee. In diesem Bezirk gehört das Gärtnersgrundstück an der Großen Quer- und Bellevue-Allee.

35. Burggrafenstraße, Garten-Platz, Reithstraße, Kurfürstendamm 1-9 und 240-264, Kurfürststr. 72-96, Landgrafenstraße, Lützow-Platz 20-39, Rönnebergstr. 70 u. 71, Wichmannstr. 1-20. In diesem Bezirk gehören Zoologischer Garten und das Hippodrom (Wasserwerke) im Tiergarten.

36. Buchenstraße, Verflingerstr. 2-29, Kurfürststr. 40-71, Lützow-Platz 1, Raabenstr. 1-4 u. 31-37, Schillstraße, Ulmenstraße, Wichmannstr. 21.

37. Verflingerstr. 1 u. 30, Döberbergstraße, Genthinerstraße 1-31, Kurfürststr. 47 u. 48, Lützow-Platz 1, Lützowstr. 33 bis 78, Lützow-Platz 1-19b.

38. Genthinerstr. 31, Magdeburger Platz, Magdeburgerstr. 9 bis 27, Potsdamerstr. 35-48 u. 104-115a, Staligerstr. 25-63.

39. Altes Hof, Karlsbad 1, Lützowstr. 24-32 und 70-91a, Magdeburgerstr. 1-8 und 29-36, Potsdamerstr. 24-34, 116-120 und 122-123a, Schöneberger-Platz 28-48.

45. An der Postelstraße, Probenstr. 1-11 und 32-41, Kurfürststr. 29-46 u. 139-152, Potsdamerstr. 49-56 u. 97-103a, Zietenstr. 25-28.

46. Wilowstr. 8-26 u. 85-100, Probenstr. 12-18 u. 21-23, Potsdamerstr. 57-67 u. 89-90b, Schwerinerstr. 1-19, Zietenstr. 15 bis 24.

9. Wahlbezirk. Stadtbezirke: 64-66, 75.

Bisheriger Vertreter: Jubel, Socialdemokrat.

64a. Friesenstr. 13 u. 14, Fiedicinstr. 2-24 u. 26-44, Müdenstraße 2-7, Kopischstr. 1-9, Schwiebuserstraße.

64b. Fiedicinstr. 8-35, Chamisso-Platz, Am Chamisso-Platz, Müdenstr. 1 u. 8, Kopischstr. 10, Kopischstr. 29-31, Schenkendorffstraße 4 u. 5, Willibald Alexistr. 8-35.

65. Bergmannstr. 1-21 u. 88-112, Kopischstr. 26-28 u. 32 bis 36, Schenkendorffstr. 1-3 u. 6-8, Solmsstr. 28-29, Am Tempelhofer Berg (Ostseite), Jossenerstr. 27.

66a. Fiedicinstr. 3-4, Bergmannstr. 22-32, Friesenstr. 1 u. 27, Heimstr. 1 u. 25, Marxstraße-Platz, Rittenwalderstr. 23-40, Jossenerstraße 16-19, 22-26 u. 28-36.

66b. Fiedicinstr. 1-2, 5-7 u. 36-44, Fiedicinstr. 25, Friesenstr. 2-12 u. 17-26, Heimstr. 2-24, Jüterbogstr. 6-10, Willibald-Alexistr. 1-7 u. 36-43.

75a. Värvaldstr. 12 bis Gneisenaustr. 40-62, Wückerstr. 25 bis 41 u. 43-60, Fiedicinstr. 18-19, Schleiermacherstr. 1-18, Tempelhoferstr. 13 u. 14, Urbanstr. 1-9 u. 151-184.

75b. Värvaldstraße von Gneisenau bis Bergmannstraße, Bergmannstr. 39-76, ausschließlich Nr. 52, Friesenstr. 15 u. 16, Gneisenaustr. 35-53 u. 56-80, Goltzenerstraße, Jüterbogstraße 1-5, Kaiser Friedrich-Platz, Lehmannstraße, Prinz August von Württembergstraße, Schleiermacherstraße von Gneisenaustraße bis Bergmannstraße, Siboldstraße, Jüllischerstraße.

10. Wahlbezirk. Stadtbezirke 76-78.

Bisheriger Vertreter: Liebenow, liberal.

76a. Camphausenerstraße, Fiedicstraße, Fontane-Promenade, Freiligrathstraße, Gräfenstraße 43, Hasenheide 39-60, Urbanstr. 25-30.

76b. Gräfenstr. 30-42 u. 44-65a, Hasenheide 21-38, Schönleinstr. 20 u. 21, Urbanstr. 31-51 u. 109-125 u. 127-137.

76c. Hasenheide 1-20, Jahnstraße, Urbanstr. 52-81 und 84-108.

77. Voedtzstr. 1-12 u. 45-55, Dieffenbachstr. 1-19 und 57-76, Grimmstraße, Müllenhoffstr. 1-9 und 12-20, Plan-Platz 75-94, Am Urban, Urbanstr. 138-150.

78a. Voedtzstr. 17-20, Dieffenbachstr. 20 u. 27-56, Gräfenstraße 12-29 u. 66-81, Müllenhoffstr. 10 u. 11, Schönleinstr. 3 bis 19, Urbanstr. 126.

78b. Boppstraße, Hohenstaufen-Platz, Kottbuscher Damm 13 bis 43, Lachmannstraße, Schönleinstr. 22-34, Urbanstr. 82/88.

78c. Voedtzstr. 13-16 u. 21-44, Gräfenstr. 1-11 u. 82-93, Kottbuscher Damm 1-12a, Plan-Platz 95-97, Schönleinstr. 1 u. 2.

11. Wahlbezirk. Stadtbezirke 80-89.

Bisheriger Vertreter: A. Goldschmidt, liberal.

80. Admiralsstr. 1, Elisabeth-Platz 14-26, Reichenbergerstr. 1-14 u. 175-186, Staligerstr. 1-13 u. 137-147a.

81. Dresdenstr. 6-20 u. 119-136, Elisabeth-Platz 27-36, Oranienplatz östlicher Teil, Oranienstr. 31-41 und 165a-175, Reichenbergerstr. 174.

82. Bethanien-Platz 1-9, Elisabeth-Platz 37-59, Raumburgerstr. 34-58, Waldemarstr. 24-46.

83. Adalberstr. 18-23 u. 67-85, Bethanien-Platz 10-Ende, Mariannen-Platz 1-6, Mariannenstr. 1, Raumburgerstr. 32-33 u. 59-60, Waldemarstr. 23 u. 47-61.

84. Mariannenstr. 2-7 u. 47-50, Raumburgerstr. 16-31 u. 61 bis 90.

85. Heinrichsplatz, Mariannenstr. 7a-11 u. 43-46, Oranienstraße 2-23a u. 184-205, Staligerstr. 121.

86. Adalberstr. 1-17 u. 89-100, Dresdenstr. 1-5, Oranienstraße 24-30 u. 176-183.

12. Wahlbezirk. Stadtbezirke 79, 87-94.

Bisheriger Vertreter: G. Schulz, Socialdemokrat.

79. Pragerstr. 1-12 u. 38-47, Elisabeth-Platz 1-13, Kottbuscher Platz 56-65.

87. Admiralsstraße ausschließlich 1, Pragerstr. 13-37, Kottbuscherstraße 5, 7 u. 8, Kottbuscher Platz 49-56.

88. Kottbuscherstr. 1-4b, 6, 6a u. 10a-22, Reichenbergerstr. 15 bis 25 u. 166-171.

89. Mantuffelstr. 44, Mariannenstr. 12 u. 42, Oranienstr. 206 u. 207, Reichenbergerstr. 172-173, Staligerstr. 14-35, 108-120 u. 122-138.

90. Kottbuscherstr. 9 u. 10, Kottbuscher Ufer 45, Mariannenstraße 13-41, Reichenbergerstr. 28-33 u. 153-165.

91. Mantuffelstr. 45-56 u. 73-83, Reichenbergerstr. 39-52 u. 139-152.

92. Kottbuscher Ufer 31-44a, Mantuffelstr. 57-72.

93. Kottbuscher Ufer 29 u. 30, Laufzigerstr. 7-46, Reichenbergerstraße 53-54 u. 137-138.

94. Laufzigerstr. 1-6 u. 47/48-52, Mantuffelstr. 84, Staligerstraße 36-40 u. 46-46a, Wienerstr. 1-15 u. 63-69.

22. Wahlbezirk. Stadtbezirke 152-156, 158, 159.

Bisheriger Vertreter: Perle, liberal.

152. Blankenfeldestr. 2-14, Gr. Frankfurterstr. 49-69 und 71 bis 89, Marktstr. 30, Marfilinstr. 1-8 und 16-25, Bahmannstraße 10-34.

153. Andreastr. 45 und 46, Blumenstr. 42, Gr. Frankfurterstraße 90-127, Koppenstr. 35 und 53, Krautstr. 1, Marktstr. 29.

154. Giesbethstr. 1 und 65-66, Pallasstr. 1 und 12, Bahmannstr. 31a-37, Weberstr. 3-35 und 38-63.

155. Lichtenbergerstr. 10-11, Pallasstr. 2-11, 13-29 und 88-103, Straußbergerstr. 9-10 und 34-35.

156. Gr. Frankfurterstr. 32-48, Fürstwalderstr. 2-23, Straußbergerstr. 11-33, Weberstr. 1-2 und 64-66.

158. Friedenstr. 45-49 und 89-95, Friedrichsbergerstr. 1-14 und 18-27.

159. Gr. Frankfurterstr. 19-31, Friedrichsbergerstr. 15-17, Fürstwalderstr. 1 u. 24, Koppenstr. 36-40 u. 50-52, Lebuserstraße, Pallasstr. 30-38 u. 60-87.

23. Wahlbezirk. Stadtbezirke 168-174.

Bisheriger Vertreter: Dupont, Socialdemokrat.

168. Breslauerstr. 17, Fruchtstr. 9-15 u. 74-82, Koppenstr. 4 bis 9 u. 87-95, Langestr. 36-73, Madaistr. In diesem Bezirk gehört Schleifischer Bahnhof, Empfangsgebäude und Bahnanlagen u. bis zur Warschauerstraße.

169. Friedrichselderstr. 2-43, Fruchtstr. 16-19 und 72 bis 78.

170. Fruchtstr. 70-71, Koppenstr. 10-12 u. 81-86, Münchenerstr. 1-17 u. 19-34.

171. Grüner Weg 45-58 u. 61-74, Koppenstr. 13-22 und 68-80, Münchenerstr. 18.

172. Friedrichselderstr. 1, Fruchtstr. 20-22 u. 67-69, Grüner Weg 59-60, Küstner Platz, Am Ostbahnhof, Ostbahn-Empfangsgebäude, Ostbahn bis östlich zur Warschauerstraße, Rüdersdorferstraße 1 u. 41-51.

173. Koppenstr. 23-34 u. 54-67, Rüdersdorferstr. 2-33.

174. Fruchtstr. 23-38 u. 51-66, Königsbergerstr. 1 u. 30, Remelerstr. 38, Rüdersdorferstr. 34-40.

29. Wahlbezirk. Stadtbezirke 202-209, 226.

Bisheriger Vertreter: Alti, liberal.

202. Alexanderstr. 53-68, Al. Alexanderstr. 1-32, Bartelstraße 1a-14, Hirtenstr. 3-5a u. 18-19, Am Königsgraben 2 bis 10, Münzstr. 17-19, Prenzlawerstr. 30 u. 31, An der Stadtbahn 23 bis 30, Stadtbahnbogen 118-124, Wehlingerstr. 11-22.

203. Al. Alexanderstr. 33, Analienstr. 1 u. 21, Bartelstr. 1 u. 15, Koblanstr. 18, Vintenstr. 13-41 u. 227-239, Lotzingerstr. 83 bis 110, Alte Schönhauserstr. 60-61, Wehlingerstr. 23.

204. Analienstr. 2-20, Fälligerstraße, Grenadierstr. 1-7 u. 40-51, Hirtenstr. 6-11, Koblanstr. 1-17, Vintenstr. 22a-226, Wehlingerstr. 1-10.

205. Grenadierstr. 8-39, Hirtenstr. 11a-17, Kaiser Wilhelmstraße von Münzstraße bis Hirtenstr. 16-21, Münzstr. 8 bis 16 und 20-23a, Schendelgasse 5, An der Stadtbahn 31-39, Stadtbahnbogen Nr. 125-131.

206. Dragonerstr. 7-43, Münzstr. 1-7 u. 24-29, Kochstraße 1-6 u. 15-19, Schendelgasse 2-4, Neue Schönhauserstr. 21, An der Stadtbahn 40.

207. Gormannstr. 1-9, Münzstr. 30, Puladstr. 25-41, Schendelgasse 1, Alte Schönhauserstr. 12-50, Neue Schönhauserstraße 1 u. 1a, Steinstr. 1-17 und 26-38, Weinstr. 1a-2 und 3 bis 18.

208. Dragonerstr. 1-6a u. 44-50, Gormannstr. 10-17, 20 bis 24 und zwischen Vinten- und Lotzingerstraße, Vintenstr. 42 bis 61a u. 200-224, Lotzingerstr. 65-82a, Puladstr. 1-14, Rüdersstraße, Schendelgasse 6-8, Alte Schönhauserstr. 1-11 u. 51-59.

209. Auguststr. 41-45, Gipsstr. 18a, Gormannstr. 18-19 u. 25-31, Vintenstr. 62-75 u. 202a-208, Lotzingerstr. 52-64, Puladstraße 15-24, Rosenhallerstr. 1-24 u. 54-72a, Kleine Rosenhallerstraße, Steinstr. 18-23, Weinmeisterstr. 19.

226. Chorinerstr. 1 u. 87, Christinenstr. 40 u. 41, Fehrbellinerstraße 58-62, Gormannstraße von Lotzingerstraße bis Fehrbellinerstraße, Lotzingerstr. 23-51, Weinbergsweg 11d, Fehrbellinerstraße 1-8a u. 10-20.

32. Wahlbezirk. Stadtbezirke 229-236.

Bisheriger Vertreter: Herzfeldt, Socialdemokrat.

229. Anklamerstr. 10-18 u. 89-48, Brunnstr. 32, 159 u. 160, Fehrbellinerstr. 25-57, Veteranenstr. 15.

230. Anklamerstr. 19-38, Zionskirchstr. 1-10 u. 46-55.

231. Griebenowstr. 1-22, Zionskirch-Platz 4, Zionskirchstr. 11.

232. Granzeerstraße, Swinemünderstr. 1-10 u. 118-126, Wollinerstr. 1-8 u. 60-71.

233. Bernauerstr. 50, Tremmernerstraße 8, Fürstenbergerstraße, Griebenowstr. 23 u. 23a, Kapitanen-Allee 36 u. 70, Oberbergerstr. 33, Rheinsbergerstr. 30-45, Schwedterstr. 29-52 und 222-245, Wollinerstr. 8a-9.

234. Arkona-Platz, Tremmernerstr. 8, Rheinsbergerstr. 20-29 u. 46-55, Ruppinerstr. 1 u. 3, Swinemünderstr. 11-23 u. 107-117, Wollinerstr. 10-21 u. 47-58.

235. Bernauerstr. 26, Rheinsbergerstr. 11-19 u. 56-68, Ruppinerstr. 2, 4-10 u. 40-49, Schönholzerstraße.

236. Brunnstr. 33-49 u. 139-158, Rheinsbergerstr. 2-10 u. 69-79.

34. Wahlbezirk. Stadtbezirke 242, 247, 248.

Bisheriger Vertreter: Bergemann, liberal.

242a. Christburgerstr. 1-3 u. 54, Danzigerstr. 25-31 und 65-73, Senefelderstr. 1 u. 43, Frankfurterstr. 22-40, Prenzlawer Allee 41-56 u. 195-214, Hylestr. 12-48, Weihenburgerstr. 32 bis 61, Wörzgerstr. 25.

242b. Frankfurterstr. 9-21 u. 41-54, Hagenauerstr. 1-1b und 18, Hochmeisterstr. 2-10 u. 23-31, Treddowstr. 7-15 und 41 bis 50.

242c. Danzigerstr. 2-24 u. 74-97, Dunderstr. 1 u. 91, Hagenauerstr. 2-17a, Hochmeisterstr. 11-22, Lychenerstr. 1 u. 134, Schliemannstr. 1 u. 45, Treddowstr. 1 u. 51-60.

247a. Helmholz-Platz, Lettstr. 2-8, Raumerstr. 17-23, Schliemannstr. 2-47, Stargarderstr. 21-26 und 57-63.

247b. Prenzlawer Allee 57-85 u. 106-194, Raumerstr. 26 bis 51, Senefelderstr. 2-42, Stargarderstr. 28-39 u. 50-55.

247c. Dunderstr. 2-90, Lettstr. 1, Raumerstr. 24 u. 25, Stargarderstr. 27 u. 56.

248. Dunderstr. von der Ringbahn bis Straße 20, Greisenhogerstraße von der Ringbahn bis Straße 31, Lychenerstraße von der Ringbahn bis Reichbildgrenze, Pappel-Allee 46-95, Prenzlawer Allee 86-165, Platz E, Straßen 19 und 20 von Schönhauser Allee bis Prenzlawer Allee, Straße 31 (Abt. XII).

35. Wahlbezirk. Stadtbezirke 245, 246, 249-253. Bisheriger Vertreter: Murr, Socialdemokrat.

245. Eberdwalderstr. 1-23 u. 25-52, Oberbergerstr. 9-32 und 34-49.

246a. Danzigerstr. 98, Lettstr. 9, Lychenerstraße von der Danzigerstraße bis Ringbahn einschl. Erdgrundstücke an der Danzigerstraße, Pappel-Allee 1-20 und 119-134, Raumerstr. 1-16 und 52-56, Stargarderstr. 20.

246b. Buchholzerstr. 1-8 u. 10 bis Ende, Gethsemanestraße, Gneißstraße, Greisenhogerstraße von der Gneißstraße bis zur Ringbahn, Pappel-Allee 21-45 und 96-118, Stargarderstr. 2-19 und 64-81.

249. Behmstraße von Straße 3 bis Straße 9, Platz H, Schönhauser Allee 75-117, Straßen 1 und 2 von Straße 3 bis Schönhauser Allee, Straßen 3, 11, 12, 13, 14 und 15 (Abt. XI), Straße 9 von Ringbahn bis Reichbildgrenze.

250. Buchholzerstr. 9, Erzger-Platz zur einsamen Pappel, Koppenhagenstraße, Platz N, Pappel-Allee 135-140, Stargarderstraße 53-221, Schönhauser Allee 46-74a u. 118-144, Stargarderstraße 1 u. 82, Straße 9 von Eberdwalderstraße bis Ringbahn, Straßen 16, 17, 19, 23 u. 24 (Abt. XI).

251. Bernauerstr. 25, 27-49, und 51-83, Brunnstraße 50 u. 138, Ruppinerstr. 11-15, Swinemünderstr. 24-25 u. 105-106, Wolgasterstr. 5-7, Wollinerstr. 22.

252. Brunnstr. 51-65 u. 123-137, Ruppinerstr. 32-33, Straßunderstr. 1-13 u. 60-69, Wolgasterstr. 1-4 u. 8-13.

253. Demminerstr. 16, Ruppinerstr. 16-23, 26-31 u. 34-39, Swinemünderstr. 26-34 u. 96-104, Vineta-Platz, Wollinerstr. 23 bis 37 u. 39-46.

36. Wahlbezirk. Stadtbezirke 254 u. 321. Bisheriger Vertreter: Baumgarten, liberal.

254a. Putzstr. 21-33, Ramlerstr. 2-11 u. 29-37, Mügenstr. 2-13 u. 16-26.

254b. Demminerstr. 1-15 u. 17-36, Graunstr. 1 u. 43, Lörzingerstr. 7-12 u. 32-37, Putzstr. 1-9 u. 51-57, Ruppinerstraße 24 u. 25, Swinemünderstr. 35-40 u. 88-95, Wollinerstr. 38.

254c. Bahnhof Gesundbrunnen, Gleisstraße, Graunstr. 16 bis 33, Ramlerstr. 12-28, Mügenstr. 14 u. 15, Straße 6, Südseite (Abt. XI), Swinemünderstr. 57-73.

254d. Lörzingerstr. 2-6 u. 38-42, Putzstr. 10-20 und 39-50.

254e. Graunstr. 2-15 u. 34-42, Lörzingerstr. 13-31, Swinemünderstr. 41-56 u. 74-87.

321. Badstr. 1-15a, Behmstraße von Badstraße bis Straße 3, Vellernannstraße von der Grünhaldenstraße bis zum Bahnhof Gesundbrunnen (19-81 mit Einschluß des Jöhrens Weges), Grünhaldenstraße, Platz J, Straßen 1 u. 2 östlich bis Straße 3, Straße 6, Nordseite, Straßen 4, 5 u. 10 (Abt. XI).

41. Wahlbezirk. Stadtbezirke 216, 217, 279-283, 285, 286. Bisheriger Vertreter: Dr. Gerstenberg, liberal.

216. Am Circus 7, Artilleriestr. 13-18, Auguststr. 1/2 und 80-93, Friedrichstr. 105-113a, 124-131 d und 183-186, Johannisstraße, Kalksteinstraße, Vintenstr. 136, Oranienburgerstr. 40-63, Schiffbauerdamm 1, Ziegelstr. 1-13 u. 24-32.

217. Artilleriestr. 1-3 u. 35, Elbstr. 41-67, Friedrichstraße 114-123, Hannoverstr. 27-30, Vintenstr. 107-135 und 137-159.

279. Hannoverstr. 9-26, Luise-Platz, Luisestr. 1-12 und 48-67, Philippstraße.

280. Albrechtstr. 1-22, Am Circus 1-6 u. 8-12, Friedrichstraße 132, Karlstr. 9-37, Vintenstr. 17, 18 u. 18a, Schiffbauerdamm 2-9, Schumannstr. 5-18.

281. Luisestr. 17-41, Vintenstr. 1-16 u. 19-31, Schiffbauerdamm 10-38, Stadtbahnbogen 206-251.

282. Alexander-Platz, Charitéstraße, Friedrich-Karl-Ufer 1-6, Invalidenstr. 80-83, Karlstr. 1-8 u. 38-46, Luisestr. 13-16 und 42-47, Schiffbauerdamm 39 und 40, Schumannstr. 1-4 und

320a. Badstr. 52-57, Brunnenplatz, Hofstr. 21-26, Pantstraße 12a-20a u. 33-45a, Straßen 60a u. 63 (Wbth. X<sup>2</sup>) Wiesenstraße 19-20.

320b. Badstr. 41a-51, Buttmanstraße, Gropiusstraße, Pantstraße 30-32d, Thurneßerstraße.

322. Badstr. 10-25, Bekermannstr. 1-18 u. 82-100, Christianiastraße von Prinzen-Allee bis Wöllerstraße (Südseite), Prinzen-Allee 17-19, Steintinerstraße.

323. Wiesenbalestr. 2-24, Christianiastraße von Prinzen-Allee bis Wöllerstraße (Nordseite), Freienwalderstraße, Soldinerstr. 1 bis 20 u. 87-112, Wöllerstraße, Weigenstraße.

324. Badstr. 26-41, Wiesenbalestr. 1 u. 25, Christianiastraße von der Panke bis zur Prinzen-Allee, Gothenburgerstraße, Prinzen-Allee 1-16 u. 20-31, Soldinerstr. 21-34 u. 77-86, Stodolmerstraße östlich der Panke.

Wir bitten die Parteigenossen dringend diese Zusammenstellung für die Wahlagitacion aufzubewahren.

## Tokales.

### Stadtschlafburschen und Chambregarnisten Stadtverordnetenwahlberechtigt?

Nach § 5 Abs. 2 der Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 erwidert unter bestimmten Voraussetzungen das Bürgerrecht jeder selbständige Preuze. Absatz 5 dieses § 5 erklärt: „Als selbständig wird nach vollendetem 24 Lebensjahre ein jeder betrachtet, der einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht das Verfügungsrecht über sein Vermögen oder dessen Verwaltung durch richterliches Erkenntnis entzogen ist.“ Darüber, was als „eigener Hausstand“ im Sinne dieser Vorschrift zu erachten ist, bestehen drei Ansichten: die erste geht dahin, daß mindestens der eigentümliche Besitz von Möbeln verlangt wird; der weitesten wohl zutreffenden Auslegung genügt die in der Richtzugehörigkeit zu einer fremden Haushaltung erkennbare wirtschaftliche Unabhängigkeit; in der Mitte zwischen diesen beiden Ansichten steht die, daß zu der Richtzugehörigkeit zu einem fremden Haushalt zwar nicht der eigentümliche Besitz von Möbeln, aber doch ein eigenes, wenn auch mit fremden Möbeln ausgestattetes Heim hinzutreten muß, über welches der Betreffende die ausschließliche Verfügungsbefugnis gegen jeden Dritten, also auch gegen den Vermieter hat. Das Oberverwaltungsgericht hat sich in seinem Erkenntnis vom 18. Mai 1900 zu dieser in der Mitte liegenden Ansicht bekannt und deshalb Schlafburschen, die kein Verfügungsrecht über den Raum, in dem sie wohnen, haben, für nicht wahlberechtigt erachtet. Demnach geht die bei der Anstellung der Wählerliste für maßgebend erachtete Praxis des obersten preussischen Verwaltungsgerichtshofs dahin:

1. Ein Chambregarnist, der allein oder gemeinsam mit andern einen mit Möbeln und Gerätschaften des wirtschaftlichen Lebens eingerichteten Raum gemietet hat, über den er mit den Mitmietern alleiniger Herr ist, ist wahlberechtigt.

2. Ein Schlafbursche, der nur ein Recht auf eine Schlafstelle in Räumen hat, welche er mit andern, oft ihm unbekannt Personen teilt, und von diesen Räumen Dritte, insbesondere den Vermieter, nicht fernhalten kann, ist nicht wahlberechtigt.

Wiesbach kommt es vor, daß Chambregarnisten in der irrigen Ansicht, sie würden dann niedriger besteuert, sich als Schlafburschen anmelden lassen. Wir haben wiederholt auf das Unpraktische dieser falschen Meldung hingewiesen. Angeht die Aufstellung der Wählerlisten läßt sich der Rat an Chambregarnisten, die sich als Schlafburschen fälschlich haben anmelden lassen, nur wiederholen: von dem Vermieter sich bescheiden zu lassen, daß sie ausschließlich mit dem Mitmietern, die mit ihrem Einverständnis gemeinsam mit dem Vermieter kontrahiert haben, über den gemieteten Raum zu verfügen und die ausschließliche Verfügungsbefugnis über den Mietraum auch gegen den Vermieter haben.

Ferner mögen diese falsch Gemeldeten ihre Unmeldung veranlassen. Bei der Einsicht der Wählerliste, die vom 15. bis 30. Juli ausliegt, ist es zweckmäßig, solche Bescheinigung zur Begründung eines etwaigen Einspruchs wegen Nichtaufnahme in die Wählerlisten mitzunehmen. Die Bescheinigung kann etwa so lauten: Ich bescheinige hiermit, daß Herr Soundso ausschließlich mit dem Herrn Undername über die Stube, die sie gemeinsam von mir gemietet haben, auch mir gegenüber zu verfügen haben. Datum, Namen des Vermieters.

**Die Arznei-Boeren.** Die Prekominmission der Apothekenbesitzer ist in eifrigster Tätigkeit. Da überwiegend oder ausschließlich solche Apotheker zu ihr gehören, die zur Kassenlieferung nicht zugelassen sind, ist das erklärlich, die Herren haben infolge des Vorfalls eben Zeit, „darüber nachzudenken“, und da sie nun einmal Prekominmission sind, halten sie sich für verpflichtet, die Produkte ihres Nachdenkens in die Tagespresse zu bringen. Leider legen sie aber bei ihren Veröffentlichungen mit Unkel Kräftig mehr Wert auf die „Bizigkeit“ als auf die „Richtigkeit“. Es verlohnt sich deshalb meist erst gar nicht, auf ihre Beschreibungen einzugehen.

Wenn wir mit einer Einleitung des Apothekenbesizers Otto Schade an die „National-Zeitung“ eine Ausnahme machen, so thun wir dies deshalb, weil es Anerkennung verdient, daß Herr Sch. bemüht ist, in dem Ernst des Kampfes auch den Scherz zu seinem Rechte zu verhelfen. Herr Sch. schreibt nämlich am Schluß:

„Das kleine Häufchen der Apotheker — eine unabhängige Gruppe des das Rückgrat des Staates bildenden Mittelstandes, und deshalb der Socialdemokratie verhaßt — steht in engem Zusammenhang dem Ansturm einer Partei gegenüber, beinahe an der Boeren tapferes Ringen gemahnend.“

Entbehrt es schon nicht des scherzhaften Beiwerkens, daß Monopolisten, die für den Erwerb ihres Monopols bis zu einer halben Million Mark aufgewendet haben, plötzlich zu Gliedern des „das Rückgrat des Staates bildenden Mittelstandes“ avancieren, so ist es geradezu ein köstliches Wig, die Apotheker mit den Boeren zu vergleichen. Oder sollte Herr Sch. im Ernst annehmen, daß die Boeren in ihrem Kampf nur deshalb mit solcher Festigkeit ausdauern, weil jeder einzelne — wie die Herren Apotheker — durch Unterschrift eines Bescheides über 5000 Mark gebunden ist? Herr Schade weiß doch ganz genau, daß unter den Apothekern genug Abtrünnige sicher schon heute vorhanden wären, wenn dieser Bescheid nicht wäre, dessen Unterschrift viele Apotheker schon längst bedauern. Nur die Furcht davor, daß die 5000 Mark fällig werden, hält heute noch die wankenden Reihen der Apotheker zusammen, nicht das Solidaritätsgefühl. Haben sich doch trotz des Bescheides 15 Apotheker gefunden, die schon vor Beginn des Kampfes — obwohl der Vertrag alle privaten Abkommen mit den Kassen unterlag — heimlich mündliche Vereinbarungen mit Vertretern der „Centralkommission“ trafen, um nur in die Liste der zugelassenen Apotheken aufgenommen zu werden.

Oder sollte Herr Schade die Befähigung zwischen den Boeren und den Apothekern vielleicht darin finden, daß beide Goldgruben zu verteidigen haben?

**Den Neubau des Märkischen Provinzialmuseums** beschließen gestern unter Führung des Stadtbaurats Hoffmann der Oberbürgermeister Kirchner und der Decernent, Geh. Reg.-Rat Friedel. Bei dieser Gelegenheit fand eine Auswahl derjenigen Museumsgegenstände statt, welche teils außen, teils innen des Gebäudes eingefügt werden sollen, wie Kanonentügel und andre feindliche Geschosse, welche man hier in Gebäuden, in der Erde, in den Kriemalen z. vorgefunden und dem Märkischen Museum überwiesen hat. Dahin gehören auch die uralten kleineren „Wäden“, das sind Geschosse, die durch eine Art von Katapulten geschleudert werden. Diese Fundstücke werden durch historische Angaben über Herkunft, Alter z. gekennzeichnet werden. Die Wäden derjenigen Säle, welche die kirchengeschichtliche Abteilung aufzunehmen bestimmt sind, sollen durch einige auserwählte Grabsteine z. ausgemacht werden. Die größeren Bildwerke und Architekturstücke

werden ihren Platz auf den Höfen des Museums und in dessen offenen Hallen finden. Dem Stadtbaurat Hoffmann wurde es überlassen, die ausgewählten Gegenstände planmäßig zu verteilen und den zur Verfügung stehenden Räumen entsprechend anzuordnen.

**Von den mit Schutvorrichtung auszurüstenden Straßenbahnwagen** sind gestern fünf in Betrieb gesetzt worden. Es sind dies Wagen mit beweglicher Frontvorrichtung und doppeltem Örtersystem. Zur Zeit sind acht Wagen mit Schutvorrichtungen im Betrieb. Die wegen der häufigen Drahtbrüche aus dem Betrieb gezogenen Anhänger-Deckschienen sind zum Teil wieder für den Betrieb mit Pferden eingerichtet worden. Die überzähligen Waggonen jedoch sind an auswärtige Pferdebahn-Gesellschaften verkauft worden. Aus dem Berliner Straßenleben werden die Deckschienen somit gänzlich verschwinden.

Die Pläne einer Verlegung oder Teilung der kgl. Regierung in Potsdam können als endgültig abgethan betrachtet werden. Schon seit zehn Jahren sucht man ein geeignetes Grundstück für einen Neubau des Dienstgebäudes der Regierung. Im Zusammenhang damit wurde eine Zeit lang der Plan erörtert, den Regierungsbau Potsdam zu teilen. Die unmittelbar bei Berlin gelegenen Vororte sollten einen neuen Regierungsbau Charlottenburg bilden. Auch eine Verlegung der gesamten Regierung von Potsdam nach Charlottenburg wurde ins Auge gefaßt. Jetzt hat Oberbürgermeister Jähne den Potsdamer Stadtverordneten mitgeteilt, daß die Regierung ein geeignetes Grundstück für einen Neubau Spandauerstraße 33/34 gefunden hat. Es handelt sich um ein Grundstück der Krone, das Andreische Grundstück und die Pfändliche Schule. Als Hinterland soll noch das Wolmerische Grundstück zugeschlagen werden.

**Zu der Untersuchungssache gegen Wolf und Genossen, der berichtigten Juwelen-Diebstahls,** haben die Hausfuchser in den Wollischen Lageräumen nicht das erwartete Resultat gehabt. Die dort beschlagnahmten, aus Diebstählen herrührenden Gegenstände haben keinen Beweis dafür gegeben, daß B. die Hehlerei fortgesetzt gewerdmäßig betrieb. Nur Waren, die aus zwei in den letzten Zeiten verübten Einbrüchen herrühren, konnten beschlagnahmt werden, während die übrigen Sachen von dem Juwelenhändler nachweisbar aus Engros-Geschäften gekauft worden sind. Andererseits ist aber nachgewiesen, daß für ca. 15 000 M. Gold- und Diamantwaren, die vermutlich aus Einbrüchen in der Kommandantenstraße und Schönhauser Allee herrühren, bei freiwilligen Versteigerungen öffentlich zum Verkauf gelangt sind. Diese Versteigerungsgegenstände gegen Einbruchdiebstahl, welche durch die Einbrüche in den Juwelengeschäften geschädigt worden sind, haben einen größeren Geldbetrag, der auf Wolfs Namen bei einem Bank-Institut deponiert ist, sowie auch die in dessen Geschäftsräumen aufgefundenen Warenbestände mit Arrest belegen lassen, um sich an diesen schadlos zu halten.

**Vom alten Circus Reng.** Das dieser Tage erfolgte Ableben des Direktors Franz Reng ruft auch die Erinnerung daran wach, an welchen Stellen in Berlin sein berühmter Vater in früheren Zeiten Vorstellungen gegeben und sein Institut aus kleinen Anfängen bis zur Höhe gebracht hat. Der erste Circus des Altmeyers Ernst Reng war aus Brettern auf dem Dönhofsplatz an der Ecke Jerusalem- und Leipzigerstraße errichtet worden. Die Ställe für die Pferde befanden sich auf dem Hofe des gegenüber gelegenen, vor zwei Jahren abgebrochenen „Hotels zur Stadt London“ und wurden nach Schluß der Vorstellung dorthin gebracht. Vom Jahre 1849 ab erhob sich der Rengische Circus in der Charlottenstraße auf derselben Stelle, wo jetzt das Berliner Theater steht. Schon nach wenigen Jahren konnte dann Reng mit seiner Truppe in den massiven Riesencircus an der Ecke der Friedrich- und Georgenstraße einziehen, wo er sich über ein Vierteljahrhundert befunden hat, bis er dem Bau der Stadtbahn weichen mußte. Der alte Reng ließ dann die verfallene Markthalle in der Karlstraße zu einem neuen Circus herrichten, dessen Schicksale bekannt sind.

**Ein falscher Werkmeister** wurde in der Person eines Schlafstellenhebers gestern morgen von Kriminalbeamten in dem Augenblick verhaftet, als er seine letzte Wente in Sicherheit bringen wollte. In der letzten Zeit häuften sich Anzeigen auf Anzeigen von Schlafstellenvermietern, nach denen ein Werkmeister der Untergrundbahn sich eingemietet hatte, dann aber verschwunden war, nachdem er Schlafgenossen und Wirtin um Geld und Wertgegenstände betrogen hatte. Die Personalbeschreibung paßte in allen Fällen auf den früheren Kellner und schon mehrfach bestraften Schlafstellenhebers Josef Storschenwski, der nun einer scharfen Beobachtung unterzogen wurde. Dabei ergab sich, daß er sich erst Montag wieder eine neue Schlafstelle in der Wilowstraße gemietet hatte. Als er gestern morgen das Haus verlassen wollte, wurde er von Kriminalbeamten abgefangen. Eine nähere Untersuchung ergab, daß der alte Verbrecher gleich die ersten Stunden seines Wohnens demüht hatte, um drei Schlafgenossen die Verhaftung und der Wirtin mehrere Gegenstände zu entwenden. Angeht die vorhandenen Beweismittel konnte er die That nicht leugnen. Die früheren Fälle werden durch Gegenüberstellung der Geschädigten mit dem Dieb klargestellt werden.

**Ein aufgehobener Zigeunermarkt** rief am Montagmittag in der Paulstraße einiges Aufsehen hervor. Das Zigeunervolk, dem der Besuch von Pferdewärtern nicht gestattet ist, weiß sich dadurch zu helfen, daß es in den Vororten und Außenbezirken Berlins Gelegenheitsmärkte errichtet. Auf 5 Wagen langte eine zahlreiche Bande in Moabit an, und bald entwickelte sich ein Tauschgeschäft mit Pferden zwischen den Zigeunern und kleinen Geschäften. Von einem Kohlenhändler erstanden die „Braunen“ ein stochblindes Pferd, dem sie durch eine geheimnisvolle Flüssigkeit das Augenlicht wiederzugeben zu können erklärten. Dagegen wollten sie von dem Eintausch eines alten abgetriebenen Gauls, der einen Eiswagen zieht, nichts wissen. Das geschäftliche Treiben hatte viele Zuschauer angezogen und auch die Aufmerksamkeit der Polizei erregt. Mehrere Schutzmänner erschienen bald auf dem Platz und geleiteten das fahrende Volk nach Aufhebung des Marktes über die Reviergrenze.

**Als Leiche wiedergefunden** wurde am Montag die 52 Jahre alte Fuhrherrnwitwe Emilie Semmler aus der Fernstr. 16. Sie war bereits zweimal in eines Heilanstalt gewesen und war am Sonntagmorgen entflohen, nachdem sie Sonnabendabend verhindert worden war, sich aus dem Fenster auf den Hof zu stürzen. Sie hatte am Sonntag zunächst die Straßenbahn benutzt, um zu entkommen, und dann den Tod im Wasser gesucht. Seit ihrem Verschwinden fehlt ein Hundertmarkschein, in dessen Besitz sie vorher war, der aber bei der Leiche nicht gefunden wurde. Der Verbleib des Papierscheins ist bisher nicht aufgeklärt.

**Ein Postdefraudant** Namens Kriegel, der seit einem Jahr eine Postagentur in Schreierpark in Schlesien verwaltete und während dieses ganzen Zeitraums fortgesetzt Postanweisungsgelder in beträchtlicher Höhe unterschlagen hatte, ist gestern von der Kriminalpolizei in Berlin festgenommen worden. Kriegel war aus Schreierpark, als er durch eine bevorstehende Revision der Aufdeckung seines Unterverbrechens entging, nach Berlin geflüchtet und wurde hier in einem Hotel verhaftet. Die Summe der unterschlagenen Gelder ist noch nicht festgestellt. K. ist geständig und wurde der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I. Berlin vorgeführt.

**Auswanderungsgelüste** haben zwei junge Soldaten von der 10. Compagnie des Garde-Regiments zur Fahnenflucht veranlaßt. Beide, die Fälliere Dettlow und Hebbel, dienen im ersten Jahre und waren übereingekommen, gemeinsam nach Holland zu fliehen. D., ein Hamburger, eignete sich den Zivilanzug eines Reservisten an, K., ein geborener Berliner, beschaffte sich Kleidung und Geldmittel für beide. Sie kamen nur bis in das Hannoverische, wo sie sich trennten, nachdem die Gelder aufgebraucht waren. D. wurde bald darauf in Dnabrad, K. später in Velle ergriffen. Beide waren mehrere Wochen unterwegs. Dettlow befindet sich wegen Diebstahls und Fahnenflucht in Untersuchung, Hebbel hat sich auf den Fahrten ein Leiden zugezogen und befindet sich als Gefangener im Lazarett.

**Infolge Verwechslung zweier Flaschen** ist der 35 Jahre alte Fotograf Alfred Rood aus der Gartenstraße 177 an Vergiftung gestorben. Er war in der Chausseestraße beschäftigt und

trank anstatt Bier aus Versehen Sublimat aus einer Flasche. Er fiel um und wurde in die Klinik gebracht. Obgleich augenblicklich Gegenmaßnahmen getroffen wurden, konnte der Wirkung des Giftes doch nicht mehr Einhalt getan werden, so daß K. am Montagabend starb.

**Vermißter Knabe.** Seit Montag, 1. Juli, wird der zehn Jahre alte Sohn Arthur des Steuereinsichters Hasefuß, Berlin, Stephanstraße 14, vermißt. Aus Furcht vor Strafe hat sich der Knabe an dem genannten Tage aus der elterlichen Wohnung entsetzt. Am Nachmittag desselben Tages wurde er in Steglitz gesehen. Seitdem ist seine Spur nicht aufzufinden. Der Knabe ist von schmächtigem Körperbau und hat blaue Gesichtsfarbe, blondes Kopfhaar und graublau Augen. Seine Kleidung besteht aus einem runden weichen Strohhut mit Band (schwarz oder dunkelblau), weiß und rot gestreifter Bluse mit Matrosentragen, brauner Strickhose aus Wolstoff, schwarzen Stiefeln und hohen schwarzen Schnürschuhen. Nachrichten erbittet der belämmerte Vater auf seine Kosten telegraphisch nach seiner oben bezichneten Wohnung.

**Zu Untersuchungshaft** genommen wurde der Wachtmeister Delitsch von der ersten Batterie des 3. Garde-Regiments in der Scharnhorststraße. Er wird beschuldigt, Ueberschüsse von Futtergeldern, die einer Sonderklasse zur Veranstaltung besonderer Festlichkeiten anliegen, für sich behalten zu haben. Montag wurden viele Fahner und Pferdebesitzer dem Militärgericht zur Vernehmung vorgeführt. Der Wachtmeister, der im 12. Jahre dient und verheiratet ist, will die Gelder unter die Mannschaft verteilt haben.

**Verhaftung.** Der aus Berlin flüchtige Buchhalter Burckhardt ist in England verhaftet worden. Er ist bereits in Hamburg eingetroffen und wird von dort nach Berlin weiter befördert.

**Erschossen** hat sich in der Nacht zum Dienstag ein Greis, der 72jährige Armenpfleger Jhlo in seiner Schlafstube Postmannstraße 87. Jhlo hat einst bessere Tage gesehen. Früher war er Schächtermeister; durch allerbhand Unglücksfälle, sowie durch andauernde Krankheit ist er aber gänzlich verarmt, so daß er von der Stadt Unterstützung annehmen mußte. Da diese Unterstützung zu seinem Unterhalt nicht ausreichte und auch seine Krankheit ihn immer mehr plagte, erschloß er sich mit einem Revolver. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus geschafft. Vor drei Jahren hatte Jhlo schon einmal einen erfolglosen Selbstmordversuch unternommen.

**Der fällige Drahtbruch** an der Straßenbahn erfolgte Dienstagabend gegen 10 Uhr in der Charlottenstraße, an derselben Stelle, an welcher vor 14 Tagen bereits der Draht riß und im Herabfallen ein Kind verletzete. Diesmal ging es ohne Personenbeschädigungen ab, doch trat eine längere Verkehrsstörung ein.

**Bei Unheil** richtete gestern Abend ein durchgehender Gaul der Droßke Nr. 6788 an. Das Gefährt kam vom Velle-Allianzplatz die Lindenstraße entlang und scherte plötzlich, so daß der Reiter die Herrschaft über das Tier verlor. An der Feilnerstraße kam es jedoch zu Fall, wobei eine Deichsel zerbrach. Anstatt nun das Tier zu fähren, bestieg der Reiter von neuem den Gaul, worauf jedoch das Tier abermals durchging, in die Schützenstraße einbog und hier die Droßke gegen eine Straßenlaterne schlenkerte, wobei die Stränge rissen und der Reiter in weitem Bogen auf's Pflaster flog. Das freigeordnete Tier raste dann die Schützenstraße entlang und bog in die belebte Friedrichstraße ein, verfolgt von einem Radfahrer. Nachdem es an der Dorotheenstraße eine Droßke umgerannt und am Bahnhof Friedrichstraße einen Mann umgeworfen hatte, rannte es an der Weidenammer Brücke in eine zweite Droßke Nr. 2067, die stark beschädigt wurde. Man erst kam der Ausreißer zu Fall und wurde eingekerkert.

**Der Rechenkünstler Dr. Herrol,** über dessen Vortrag im Verein von Freunden der Creptow-Sternwarte wir vor einigen Tagen berichtet haben, erläuterte am Montag einige Grundlagen seiner Methoden vor einem geladenen Publikum von Vertretern der Wissenschaft und Presse. Wir bemerken unter den Erschienenen Dr. Witt, den Entdecker des kleinen Planeten Ceres, Dr. Verberich, den bekannten Verechner der Bahn dieses Planeten, Professor Anzore, Observator an der Königl. Sternwarte u. a. Den Ausführungen des Vortragenden folgten alle mit höchlichem Interesse; als Vereicherung der Wissenschaft, die nützlichste Gemeinnut der Fachleute zu werden verdienen, können sie jedoch kaum bezeichnet werden. Die Multiplikationsmethode mit ihren zahlreichen erleichternden Modifikationen kann freilich unmittelbar in den Lehrplan der Schulen aufgenommen werden, und ist sicherlich geeignet, nach einiger Übung dem praktischen Rechner viel Zeit, Mühe und Arbeit zu sparen. Aber die Berechnung trigonometrischer Funktionen und ihrer Logarithmen im Kopfe, welche die Benutzung der Tabellen überflüssig machen könnte, ist doch mehr als eine Virtuosität, wie als wissenschaftliche Leistung anzusehen. Sie beruht auf der Benutzung einiger Formeln (trotz konvergierender Reihen), die aber nur derjenige mit Vorteil anwenden kann, der eine große Anzahl von Logarithmen auswendig weiß; Dr. Herrol hat, wie er angibt, die Logarithmen von etwa 100 Zahlen vorrätig. Zur sicheren Einprägung eines solchen Zahlenmaterials mit Hilfe mnemotechnischer Methoden ist eine so intensive Übung erforderlich, daß sie mit dem erreichten Nutzen in keinem Verhältnis steht. Der wissenschaftliche Wert dürfte aber nur gering sein, wie z. B. auch die Leistung eines Schachspielers, der gleichzeitig 20 Partien blind spielt, nicht als wissenschaftliche Leistung zu bezeichnen ist. Aber interessant sind die Vorführungen jedenfalls, und wer sich an solchem Spiel des menschlichen Geistes ergötzen will, wird bei diesen Vorträgen — am Sonnabend findet wiederum ein solcher in Creptow statt — durchaus auf seine Rechnung kommen.

**Heute, Mittwoch,** abends 9 1/2 Uhr, findet in den Auguste Victoria-Sälen, Luisenstr. 31, eine öffentliche Dienstboten-Versammlung statt, auf die wir die Genossinnen und Genossen aufmerksam machen.

**Feuerbericht.** Dienstagnachmittag hatte die Mehr in der Kommandantenstr. 29 und Am Johannisstr. 4 kleine Wohnungsbrände abzulösen. Vormittags wurde sie nach Schöneberg gerufen, wo in der Barbarossastr. 4a Kohlen auf einem Lagerplatz in Brand geraten waren. Kruppstraße hatte im Artillerie-Depot Stroh und Papier im Keller gefangen, das jedoch schnell gedämpft wurde. In einer Tischlerei in der Steintinerstr. 27 brannten Hobelspäne und gleichzeitig wurden Oderbergerstr. 48 Möbel und Kleidungsstücke durch Feuer beschädigt. Ein verlogener Vientenschwamm verursachte die Alotierung des ersten Zuges nach Greifswalderstr. 201. Außerdem erfolgten noch Feuermeldungen von Reichenbergerstr. 33 und Rechnerstr. 23.

### Aus den Nachbarorten.

**Maßnahmen zur Milderung der Wohnungsnot in Charlottenburg.** Am 24. Oktober vorigen Jahres beschäftigte sich die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung mit der Interpellation der Herren Ströbler und Genossen: „Hat der Magistrat die Beschaffung von Wohnungen für die minder begüterten Klassen, insbesondere für die städtischen Arbeiter, in Erwägung gezogen und ist er bereit, mit der Stadtverordneten-Versammlung in gemischter Deputation hierüber zu beraten?“ In der darauf folgenden Sitzung unterbreitete der Magistrat der Versammlung eine Vorlage betreffend Einsetzung einer gemischten Kommission. Die Vorlage wurde angenommen und die Stadtverordneten Altgelt, Dula, Dr. Eriger, Heim, Hirsch, Dr. Joffe, Mann, Prohe, Rostock und Ströbler in die Kommission delegiert. Als Vertreter des Magistrats gehörten der Kommission an der Oberbürgermeister Schuchardt, Bürgermeister Rattning, Stadtbaurat Stratring, Stadträte Samter und Stendal.

Die Deputation beriet zunächst darüber, ob in Charlottenburg eine Wohnungsnot besteht und ob Vorschläge zu ihrer Beseitigung oder Milderung seitens der Stadt erwogen werden sollen. Beide Fragen wurden bejaht. Ueber die Frage, in welcher Richtung

Sich diese Vorschläge bewegen sollen, gingen die Ansichten auseinander. Ein Teil der Deputation trat für den Bau von Mietshäusern zur Beschaffung von Wohnungen lediglich für städtische Arbeiter und Beamte ein, während ein anderer Teil weiter ging und überhaupt den Bau von Arbeiter-Wohnhäusern seitens der Stadt empfahl. Man beschloß nach längerer Debatte die veranschlagte Errichtung von Arbeiterwohnungen, in erster Reihe für städtische Arbeiter und Beamte. Die nächste Sitzung beschloß auf Antrag der Stadtp. Hirsch, Wulfa und Dr. Krüger, daß für den Bau von kleinen Wohnungen Terrains in verschiedenen Gegenden der Stadt in Aussicht genommen werden sollen. Da es an geeigneten Terrains hierzu fehlt, wurde der Magistrat ersucht, eine öffentliche Ausschreibung zu veranlassen, um Angebote zum Kauf geeigneten Grundstückes zum Bau von Häusern mit kleinen Wohnungen zu erlangen. Mit dem Ergebnis der Ausschreibung beschäftigte sich die Deputation am 26. März. Am 28. Mai trat sie wieder zusammen, um über die Frage des Erdbaurechts schlüssig zu werden. Das Ergebnis der Beratung war, daß man davon abließ, die Frage der Errichtung von Arbeiter-Wohnhäusern auf Grundlage des Erdbaurechts zu erörtern und weiter zu verfolgen, da darüber, ob das Erdbaurecht sich einführen und bewahren wird, in der Theorie wie in der Praxis die weitgehendsten Bedenken obwalten.

In der letzten Sitzung endlich, die am 8. Juli stattfand, wurde ein positives Resultat erzielt. Es handelte sich um die Frage, ob die Stadt in eigener Regie bauen oder ob sie die Bebauung einer Genossenschaft überlassen soll. Stadtbau-Inspektor Winterstein legte eine Gegenüberstellung der Kosten vor, die für beide Fälle etwa die gleichen sind. Der Oberbürgermeister Schultze hat beantragt, den Bau einer Genossenschaft zu übertragen, während die Stadtp. Hirsch und Wulfa die Errichtung von Häusern in eigener Regie, event. deren Vermietung an Mietergenossenschaften, beantragten. Zur Annahme gelangte der Antrag Schultzes.

Als Terrain für den Bau von Wohnungen ist u. a. das der Stadt von der Lützen-Ritzschengemeinde angebotene Grundstück am Fürstendammweg in Aussicht genommen. Nach dem von dem Stadtbau-Inspektor Winterstein entworfenen Bebauungsplan lassen sich auf diesem Terrain für 1000 Wohnungen herstellen. Der Preis für eine aus zwei Zimmern bestehende Wohnung dürfte sich auf 310-315 M. belaufen, während nach der letzten Statistik der durchschnittliche Preis für eine solche Wohnung in Charlottenburg 370 M. im Vorderhaus und 354 M. im Hinterhaus betrug. Nur ein Teil des Grundstücks ist für Wohnungen in Aussicht genommen; der Rest bietet Raum für die Anlage eines botanischen Schulgartens, die Errichtung eines Gensungsheims für etwa 100 Gensende, einer Kruppenanstalt für 60 bis 80 Säuglinge, eines Waisenhauses für 200-300 Waisen und einer Volks-Badeanstalt.

Die Grundlage, auf der zwischen der Stadtgemeinde und der Berliner Baugenossenschaft ein Vertrag zu Stande kommen soll, ist folgende: Die Stadt verkauft der Genossenschaft das Gelände, das diese mit Kleinwohnungen zu bebauen sich verpflichtet. Der Kaufpreis wird der Genossenschaft geschenkt und ist von ihr mit 3 Proz. zu verzinsen. Das Kaufgeld wird hypothekellastlich eingetragenen. Außerdem gewährt die Stadt der Genossenschaft ein fernerer hypothekellastlich eintragendes Darlehen in Form von Wechseln ratenweise, je nach Fortschreiten der Bauten. Die Ausleihungsbedingungen sind die der städtischen Sparkasse. Die Genossenschaft darf das Gelände und die Gebäude ihrem Zweck nicht entfremden und ohne Zustimmung des Magistrats nicht belasten; sie muß die Subalternen und Unterbeamten sowie Arbeiter der städtischen Verwaltungen und Betriebe bei der Ueberweisung von Wohnungen auf dem Wege der Verlosung vor anderen Mitgliedern der Genossenschaft berücksichtigen, sobald diese Bewerber Mitglieder der Genossenschaft zu werden bereit sind, sie darf den Mietern, so lange sie Mitglieder der Genossenschaft sind, nicht kündigen und die Mieten nicht steigern, so lange sie in den zuerst gemieteten Räumen wohnen bleiben und nicht für die Genossenschaft ein Geschädiger oder durch die Hausordnung begründeter Klammungsanspruch entsteht. Die Höhe der Mietpreise muß vom Magistrat genehmigt werden. Weiter darf die Genossenschaft, sofern städtische Beamte und Arbeiter oder andre Mitglieder der Genossenschaft die Wohnung nicht mieten wollen, dieselbe an Nichtmitglieder nur zu dem Preise vermieten, welchen derartige Wohnungen in Charlottenburg allgemein haben — ein durch nichts begründetes Entgegenkommen gegen die Hausagrarier! Auch darf die Genossenschaft Beamten und Arbeitern nicht deswegen, weil sie den städtischen Dienst verlassen, die aus der Mitgliedschaft resultierenden Rechte nehmen.

Nach Ablauf von 30 Jahren darf die Stadt das Gelände mit sämtlichen Bauinschriften zurückverlangen, und zwar das Gelände zu dem ursprünglichen Verkaufspreis und die Bauinschriften zu einem Taxwert, der von je einem von jeder Partei zu ernennenden Sachverständigen und einem von diesen beiden Sachverständigen zu ernennenden Obmann festzustellen ist. Bereits vor Ablauf von 30 Jahren darf die Stadt von ihrem Rückkaufsrecht Gebrauch machen, sobald die Genossenschaft den Bestimmungen des Vertrags zuwiderhandelt.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich sofort nach Beendigung der Ferien über die Entwürfe der Deputation sowohl wie über den Ankauf des der Lützen-Ritzschengemeinde gehörigen Terrains schlüssig zu machen haben.

So die Anfänge zur Beseitigung der Wohnungsnot in Charlottenburg, die zwar schättern sind, aber dennoch im Gegensatz zur hausbesitzerfreundlichen Krähwinkel in Berlin wenigstens etwas Initiative verraten.

Vom Apotheken-Voyott. Aus Charlottenburg schreibt man uns: Die von zwei früheren Berliner Apothekenbesitzern, jetzigen

Inhabern einer Waschanstalt in Charlottenburg, an den hiesigen Magistrat gerichtete Beschwerde, daß durch den Wohlthät der Orts-Krankenkasse gegen die Apothekenbesitzer die Versorgung der Krankenmitglieder mit Arzneien ungebührlich verzögert und erschwert werde, und die sie auch von allen ihren Arbeiterinnen hatten unterschreiben lassen, — ist vom Oberbürgermeister Schultze als völlig unbegründet zurückgewiesen worden. Ihre Liebesmühe war also vergeblich. In der eingehenden Erwiderung sagt der Oberbürgermeister, der Magistrat als Aufsichtsbehörde habe keine Veranlassung, das bisherige Verfahren der Orts-Krankenkasse zu beanstanden. Diefelbe habe sowohl vor wie nach der Kreditentziehung durch die Apothekenbesitzer alles getan, was bei der Zwangslage, in der sie sich befände, möglich sei, und was den Ansprüchen der Krankenkassenmitglieder vollkommen genüge. In dringenden Fällen können die ärztlich verordneten Arzneien sofort aus jeder Charlottenburger Apotheke entnommen werden. Im übrigen werden den Patienten die Arzneien, obwohl die Kasse gezwungen sei, sie in auswärtigen Apotheken anfertigen zu lassen, in kurzer Zeit durch expresse Voten direkt ins Haus geschickt. Die Beschwerdeführer hätten daher keinerlei Ursache, sich über die getroffenen Maßnahmen der Orts-Krankenkasse zu beklagen, zumal von ihren Arbeiterinnen und Arbeiterinnen selbst in letzter Zeit gar keine erkrankt seien. Diese ganze Sorge der gewesenen zwei Berliner Apothekenbesitzer um ihre vielleicht einmal krankverenden Arbeiterinnen hebt sich besonders schön hervor, wenn man sich anher erinnert, daß einer dieser Herren gegen den früheren Gewerbe-Aufsichtsbeamten, jetzigen Regierungsrat Dr. Sprenger, bei einer Revision erklärte: „Wenn eine von meinen Arbeiterinnen kommt, sie möchte über Mittag 1 1/2 Stunden Pause haben, so schmeiße ich sie raus!“

Ein furchtbarer Brandwunden verstorben ist in der Nacht zum Dienstag im Kreisstranzenhaus Groß-Lichterfelde die Witwe eines Musiklehrers, welche dort seit acht Wochen als Privat-Krankenpflegerin in Dienste trat und in Groß-Lichterfelde, Chausseestraße 68, wohnte. Die 34 Jahre alte Frau, namens Johanna Erbrecht, Mutter zweier Kinder im Alter von 3 1/2 und 9 Jahren, hatte in der Nacht zum Sonntag Nachtwache im Isolierhause des Kreisstranzenhauses und machte gegen 1 Uhr nachts einen „Sprech-Apparat“ zurecht, mittels dessen feuchte Luft im Zimmer hergestellt wird. Der dazu gehörige Spirituslocher wurde von ihr neu aufgestellt und die Flamme angezündet, worauf die Wärterin für einen Augenblick den Saal verließ. Plötzlich ertönte ein lauter Knall. Die neben dem Apparat stehende gebliebene Kamme mit Spiritus war explodiert. Wobrscheinlich war beim Anfüllen etwas Spiritus übergestoßen und die Flamme hatte bis zur Kamme hingelangt. Auf die Detonation eilte Frau E. schnell in den Saal, der zu einem beträchtlichen Teil in Flammen stand. Sie versuchte vor allem das ihrer Hut anvertraute Kind zu retten. Dabei wurde sie von den Flammen erfaßt und im Nu bildete die langhalsige eine Feuerzäule. So fand sie der auf ihre Hilferufe herbeigeeilte Wachenmeister Steinle. Derselbe rief mit großer Heftigkeit die Wärterin herbei, worauf der Frau säulenartig ärztliche Hilfe zu teil wurde und der Brand gelöscht werden konnte, ohne daß Patienten in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Frau Erbrecht hatte furchtbare Wunden fast am ganzen Körper erlitten. Ihr Zustand war von vornherein hoffnungslos und gestern nacht ist sie ihren qualvollen Leiden erlegen. Verlangenswert ist das Schicksal ihrer verwaisten Kinder, denen die arme Witwe eine opferwillige Ernährerin gewesen.

Die Resultate der Wahlen zum Kreisrat des Kreises Nieder-Barnim werden nunmehr veröffentlicht. Von den 52 Abgeordneten sind 26 im Wahlverbande der Städte einschließlich der Landgemeinden mit mehr als 6000 Einwohnern gewählt, während je 13 von den übrigen Landgemeinden und dem größeren ländlichen Grundbesitz zu wählen waren. Von Interesse ist die Lebensstellung der „Abgeordneten des Kreises“. Es finden sich da vertreten: ein General, ein Landrat, ein Amtsrat, je ein Zimmermeister, Schornsteinfeger-Obermeister, Architekt, zwei Ärzte, drei Direktoren, vier Rentiers, sechs Fabrikbesitzer, sechs Ritterguts- und Gutsbesitzer, vier Bürgermeister und Stadterordnete, sechs Gemeinde-Vorsteher, drei zehn Amts- und Gemeinde-Vorsteher und — ein Zeitungs-Spediteur. Auch eine „Volksvertretung“!

Bei der Tötung ihres sechsten heimlich geborenen Kindes wurde die jugendliche Tochter eines Restaurants in Hasehorst von dem Dienstmädchen betroffen. Sie hat dieses um Schweiß und Scheiße ihm dafür einen Geldbetrag. Das Dienstmädchen erstattete aber doch Anzeige beim Amtsvorsteher, worauf die Untersuchung eingeleitet worden ist. Das lebend zur Welt gekommene Kind war bereits tot, als die Beamten eintrafen. In der Angelegenheit verwickelt ist eine „Kuge“ Frau, die inzwischen schon verhaftet worden ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branden-Versammlung der Stellmacher am Donnerstag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Rosenhallerstr. 57 bei Bauer.

Freie Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseur und Perrückenmacher Berlin und Umgegend. Donnerstag, abends 10 Uhr, im Treppen Garten, Dresdenstr. 45: Ordentliche Generalsammlung. Kollegen als Gäste willkommen.

### Vermishtes.

Aus Juidan, 9. Juli, wird gemeldet: In einem Juidauer Schacht wurden zwei Bergarbeiter durch Hineinbrechen von Kohle getötet.

Von der Pest. Aus Belgrad kommt folgende Meldung: Aus Anlaß der in Konstantinopel vorgekommenen Pestfälle ist den von dort kommenden Orientzügen nur die Durchfahrt durch Serbien

gestattet. Diezüge dürfen auf der fernsichenden Strecke weder Waren noch sonstige Gegenstände abgeben.

Selbstmord. Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Syracuse (New York) hat dort der an einem Keulenleiden erkrankte Sohn des amerikanischen Vorkämpfers in Berlin W. H. L. Selosimord begangen.

Die Hitze. Aus New York wird uns vom 8. Juli gemeldet: Die amlich mildezeitlich wird, sind während der letzten Woche in Groß-New York 950 Todesfälle an Hitzschlag vorgekommen. Auch in London herrscht gegenwärtig eine tropische Hitze. Vereinzelt Todesfälle wurden gleichfalls bereits bekannt.

Ueberschwemmungen in China. Dem „Standard“ wird aus Shanghai telegraphiert, daß in der Provinz Kiangsi große Ueberschwemmungen eingetreten seien und die Zahl der durch dieselben ums Leben gekommenen auf 4000 geschätzt werde.

Sturm auf den Antillen. Während der letzten 3 Tage hat ein heftiger Sturm das südliche Haiti heimgesucht, in Santo Domingo kamen fünf, in Jacmel neun Personen ums Leben. Bei Las Cayes sind mehrere Segelschiffe gescheitert.

### Marktpreise von Berlin am 8. Juli 1901

nach Ermittlungen des lat. Volksgesamtwirts.

Waren	Qualität	Preis	Waren	Qualität	Preis
Wolken, gut	16,-	14,90	Butter	60 Stück	3,60
„ mittel	14,50	13,70	„	„	„
„ gering	13,50	12,50	„	„	„
Wolken, gut	16,20	15,40	„	„	„
„ mittel	15,30	14,60	„	„	„
„ gering	14,50	13,80	„	„	„
Rüchfleisch	7,-	6,32	„	„	„
„	6,80	6,-	„	„	„
„	40,-	25,-	„	„	„
„	45,-	26,-	„	„	„
„	65,-	30,-	„	„	„

Produktionsmarkt vom 9. Juli. Getreide. Aus Amerika wurde heute eine neue weitläufige Preisveränderung gemeldet, die sich wieder auf alle europäischen Märkte übertrug. Hierbei kommt in Betracht, daß die Preisgestaltung für den reichlich offerierten amerikanischen Weizen dem heutigen Rückgang der Börsennotierungen von New York und Chicago folgt. Am hiesigen Markt waren Weizenlieferungen heute bis 2 M. billiger angeboten. Roggen, der nach wie vor durch den Mangel an Warenleihen gestützt wird, notierte unter dem Einfluß der Weizenverflechtung immerhin 1/2 bis 1/4 M. niedriger. Die Umsätze waren ohne Belang. Weizen gab 5 Pf. nach. Am Getreidemarkt bleibt inländische Ware für baldige Lieferung gefragt, Weizen war unverändert, Roggen gut behauptet.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

W. W. Das Kien-Feuerrohr in Dreptow ist seit August 1898 dort aufgestellt. Das Objekt des Feuerrohrs ist 68 Centimeter im Durchmesser.

Wettermann. Dafür gibt es keine Anmeldefrist und keine Anmeldebüchlein. Der Kommand hat den Vater zu ersuchen, ihn zur Zahlung aufzufordern und eventuell zu verklagen. Ist noch kein Vormund bestellt, so soll die Mutter letztendlich die Befehlung eines solchen beim Amtsgericht beantragen. Sie kann Vorschläge machen, z. B. ihren Bruder vorzuschlagen.

C. W. 1. Auf den Wiederkäufer hat sie keinen Anspruch. 2. War zum 1. Juni gekündigt, so hat sie nur bis dahin Anspruch auf Lohn. 3. War nicht gekündigt, so hat sie Anspruch auf Lohn, kann diesen aber nicht einfordern, weil sie es ablehnt, den Vertrag umzusetzen. — Franz K. 1. Forderungen kann er gegen beide erheben. 2. Heiratshvermittler können einen Anspruch für die Vermittlung der Ehe oder für den Rücktritt der Beteiligten zur Eingehung einer Ehe auch dann nicht geltend machen, wenn ihnen eine Vergütung versprochen war. Ebenfalls kann ein Wechsel oder ein Schuldanerkenntnis, durch welches der Wechselnehmer lagbar gemacht werden sollte, eingelöst werden, hat aber auf Grund des Verfalls, eine Vermittlungsgebühr zu zahlen, eine Zahlung fangtanden, so kann das Gesagte nicht mehr zurückverlangt werden. — W. Ja. — W. Rein. — G. Z. 37. Wenn die 1/2, die eventuell vermacht sind, zufallen, läßt sich ohne Kenntnis des Datums des Testaments und ohne Kenntnis des Wortlauts der betreffenden Bestimmung nicht sagen, Beschaffenheit des Erbes. Soweit ersichtlich, treten an Stelle des Schwiegeraters dessen Erben (Frau und Kinder). Das von Ihnen erwähnte Schriftstück des Schwiegeraters ist rechtlich belanglos. — H. N. J. Dandelt es sich in der That um eine Fuldankasse, sind allein die finanziellen und die landes- oder reichsgesetzlichen Vorschriften maßgebend. Dandelt es sich um eine freie Hilfskasse, so sind wiederum andre Gesetzesvorschriften entscheidend. Ohne Antwort der Statuten ist es daher unmöglich, Ihre Fragen zu beantworten. Wiederholen Sie Ihre Fragen unter Beifügung der Statuten.

### Witterungsüberblick vom 9. Juli 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh mm)	Windrichtung	Witterung	Stationen	Barometer (hoh mm)	Windrichtung	Witterung	Temp. u. G. (10° C. u. F.)
Smolensk	765,2	W	heiter	18	Daparanba	763,2	W	2. Neb. bed. 18
Panburg	765,2	W	2. wolflig	15	Beiersburg	—	—	—
Berlin	764,2	W	4. wolflig	18	Tort	765,2	W	2. Dunst 17
Frankf. M.	764,2	W	2. wolflig	19	Korbber	—	—	—
München	766,2	W	1. wolflig	19	Paris	764,2	W	2. wolflig 18
Wien	762,2	W	2. wolflig	20	—	—	—	—

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 10. Juli 1901. Warm und vorwiegend heiter bei schwachen nördlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

### Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr: in Habels Brauerei, Bergmannstraße Nr. 5-7:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zabell über: „Die Stadtverordneten-Wahlen“. 2. Diskussion. 3. Parteilangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

### Lichtenberg, Friedrichsberg, Wilhelmsberg.

Donnerstag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Göstlich, Frankfurter Chaussee 120:

### Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Wohnungsfrage im Rathaus von Lichtenberg und Bericht über die Thätigkeit der Gemeindeverordneten der III. Wählerklasse. 2. Diskussion, eventuelle Entwürfe an die Gemeindeverwaltung. Um zahlreiches Erscheinen bitten! Der Einberufer.

### Große Dienboten-Versammlung.

Tages-Ordnung: Die Notwendigkeit der Dienbotenbewegung. Referent Herr Tischendorf. Danach freie Aussprache und Verschiedenes. Um zahlreiches Besuch bitten! Die Einberuferin.

### Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

Der für heute Mittwoch angekündigte Vortrag kann wegen eingetretener Unpäßlichkeit des Referenten nicht stattfinden. Die übrigen Punkte finden ihre Erledigung. Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Am Donnerstag, den 11. Juli 1901, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Bude, Prinzen-Allee 30:

### Bezirks-Versammlung für Friedrichsfelde.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Aufgaben während der schlechten Geschäftszeit. 2. Diskussion. 3. Interne Verbandangelegenheiten. Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht. 106/7 Die Ortsverwaltung.

### Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe

nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Zeit. Garderobe leicht vorräthig. Tomporowski, Schneidemeister, Noanderstr. 16. 11.

### Malerei.

Central-Kranken- und Sterbekasse. G. S. 71. Filiale I N. Freitag, den 12. Juli, abends 9 Uhr, im Kassentokal: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Biesteljähriger Kassenericht. 2. Kassangelegenheiten. Die Verwaltung.

### Centralverband der Maurer zc.

Zahlstelle Berlin II (Bezirk Westen und Schöneberg). Donnerstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Königshof“, Bülowsstraße 37:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Referent Genosse Schlogel. 2. Verbandangelegenheiten. 143/7 Regen Besuch erwartet. Die Verbandsleitung.



### Patzenhofer Marine-Bräu

ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichneter Bekömmlichkeit. [1899]

Preis frei Haus: 30 Fl. . . . . M. 3,-  
1/2 To. . . . . M. 3,25  
1/10 To. . . . . M. 2,65

### Patzenhofer Brauerei

NO., Landsberger Allee 24/27.  
NW., Strom-Strasse 11/16.

Jähre vorräthig, 10jähr. Garantie, Zeitungs-Blondieren, Schmucklof. Zahngelben, Umarbeit. Schlecht. Weisse. Goldstein, Drahtstr. 123

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 10. Juli.  
 Opernhaus, geschlossen.  
 Schauspielhaus, geschlossen.  
 Neues Opern-Theater (Gross).  
 Neues Opern-Theater (Klein).  
 Im Theater: Täglich großes Konzert.  
 Schiller. (König-Oper) Don Juan, oder: Der steinerne Gast. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Deutsches, geschlossen.  
 Lessing. Die dritte Eskadron. Anfang 8 Uhr.  
 Berliner, geschlossen.  
 Reibend. Das blaue Kabinett. Anfang 8 Uhr.  
 Neues. Schauspiel des Westfälers. Einmal. Die goldene Brücke. Anfang 8 Uhr.  
 Welken. Der Registrator auf Reisen. Anfang 8 Uhr.  
 Secessionsbühne. Buntes Theater: Liebesbrief. Anf. 8 Uhr.  
 Central. Schauspiel der acht japanischen Geisha aus Tokio. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.  
 Thalia. geschlossen.  
 Carl Weiss. Die Afrikanerin. Anfang 8 Uhr.  
 Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Spezialitäten im Garten.  
 Belle-Alliance. Schauspiel-Konzert Thomas Kochs und der Wiener Hof-Opernsänger. Spezialitäten im Garten.  
 Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
 Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.  
 Passage-Theater. Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
 Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Reichshallen. Neumann-Bliemchen mit seiner Gesellschaft. Anfang 8 Uhr.  
 Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Erster Teil.  
 Im Hofsaal: Franz Goerke: „Bornholm.“  
 Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

# Urania

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:  
 „Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg“, I.  
 Im Hofsaal:  
 Franz Goerke: „Bornholm.“  
 Invalidenstr. 57/62.  
 Tägl. Sternwarte.

## Zoologischer Garten

Täglich 5 Uhr nachmittags:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
 Gastspiel der Kapelle des Badischen Leib-Ordnungs-Regiments  
 Kgl. Musikdirektor **A. Boeltge.**  
 Entree 1 Mark.  
 Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## Castans Panopticum.

Neu! Neu! Neu!  
 Der Champion aller Billardkünstler  
**Prof. Léon Goffard**  
 aus Bruxelles  
 tritt täglich auf um 1/12 Uhr  
 vorm., 6, 7, 8 Uhr nachm.  
 Lebende Photographien,  
 die eiserne Jungfrau usw.

## Metropol-Theater.

W., Behrenstrasse 55-57.  
**Der Zauberer am Nil.**  
 Ausstattungsoperette in 3 Bildern  
 und das sensationelle Juli-Specialitäten-Programm  
 Rauchen überall gestattet.  
 Anfang 8 Uhr.

## Apollo-Theater

Vollständig neues  
 Spezialitäten-Programm!  
**10 Debüts!**  
**Frau Luna**  
 Luftballett Grigolatis.  
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

## W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16.  
 Täglich: Konzert, Theater- u.  
 Spezialitäten-Vorstellung.  
**„Amor“ der macht es.**  
 Operette-Barleske in 1 Akt von  
 W. Gerike. Musik von W. Schmidt.  
 Im Saale: Tanzkränzchen.

## Reichshallen

Heute und folgende Tage:  
 Gastsp. des allberühmten  
**Neumann-Bliemchen**  
 mit seiner Gesellschaft.  
 (Herrn Blumchen,  
 Horvath, Gipsar, Tock,  
 Zimmermann, Feldow  
 und Ledermann.)  
 Anfang: Wochentags  
 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
 Am 1. August: Wiederbeginn der  
 Solvren der Stettiner Sänger.

## Prater - Theater

Kastanien-Allee 7/9.  
 Täglich:  
**Aus dem Volke.**  
 Solospiel mit Gesang und Tanz in  
 4 Bildern.  
 Auftreten der Excentric-Gesellschaft  
 Hedwig Döring, des Gratesou-  
 Romiters Paul Coradini, der Gebrüder  
 Damm, Akrobaten. The Garays, Rad-  
 fahrer. Mr. Bartlings lebende Photo-  
 graphien. Konzert und Ball.  
 Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
 Nummerierter Platz 50 Pf.  
 Kabo.

## Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhauser-Allee 148.  
 Täglich: Große Theater- und  
 Spezialitäten-Vorstellung.  
 Nur Kräfte ersten Ranges.  
 Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!  
**Susanne im Bade.**  
 Große Ausstattungsoperette.  
 Wochentags 5 Uhr.  
 Anfang: Sonntags 4 Uhr.  
**F. Lehmann, Direktor.**

## Sanssouci

Im Garten:  
 Täglich:  
**- Hoffmanns -**  
**Nordd. Sänger**  
 und Konzert.  
 Anfang 4. Konzerts 5 Uhr,  
 der Solos 7 Uhr, Wochentags  
 6 Uhr, d. Solos 8 Uhr.  
 Entree 30 Pf.  
 Sonntag, Montag und Donnerstag:  
 Tanzkränzchen.  
 Wochentags Vereinsbillets gültig,  
 Tanz frei.

## Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Kritische Leitung: Paul Milbitz.  
 Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten  
 Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
 2 hochselegante Kegelbahnen, Würfelbahnen, Roulette, Blumenstand etc.  
 Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:  
**Familien-Kränzchen.**

## Wo amüsiert man sich grossartig?

In **Schnegelesbergs Festsälen,**  
 Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
**Heute: Grosser Ball und Thaler-Regen**  
 verbunden mit Cigarren, Bonbon-Regen und  
 diversen Ueberraschungen. 14819  
 Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.  
 Empfehle meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne),  
 den geachteten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. zu Versammlungen  
 und Rekrutierungen jeder Art.  
**Max Schindler.**

## Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Sonnabend, den 20. Juli, in den **Andreas-Festsälen,**  
 Andreasstrasse 21:  
**Stiftungsfest**  
**Großer Sommerachtsball**  
 und Feier des 50 jährigen Gesellen-Jubiläums  
 unfres Mitgliedes **Ludwig Sauer**  
 wozu wir die Mitglieder, Freunde und Gönner unfres Vereins einladen,  
 recht zahlreich zu erscheinen. In beiden Sälen **Tanz** bei stark besetztem  
 Orchester unter Leitung des Herrn **Kaabe**. Um 12 Uhr: **Kaffeepause.**  
 Anfang 9 Uhr.  
 Billets für Herren a 50 Pf., für Damen a 25 Pf. sind vorher bei den  
 unterzeichneten Mitgliedsmitgliedern zu haben: **Klebb, Joffenerstr. 22, Linser**  
**Seitenf. 2 Tr.; Liebetrau, Neue Königstr. 18; Cirko, Waldemarstr. 52,**  
**Seitenf. 1 Tr.; Petersmann, Reintendorferstr. 65, 4 Tr.; Jahn, Wiesdom-**  
**str. 15, Duerger 3 Tr.; Hagenstein, Solmsstr. 21, Seitenf. 5 Tr.; Noack,**  
**Frankstr. 32, Duerger 2 Tr.; außerdem bei Herrn Bandelow, Dargestr. 13**  
**im Restaurant und Herrn Brunzel, Wilmersdorferstr. 61, Seitenf. 3 Tr.**  
 259/12  
**Das Komitee. S. W.: August Klebb, Joffenerstr. 22.**

## Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz, Rüdigerdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
 Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- u.**  
**Spezialitäten-Vorstellung.**

## Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshalm  
 Täglich:  
**Konzert, Theater, Speciali-**  
**täten-Vorstellung und Ball.**  
**Volksbelustigungen aller**  
**Art.**  
 Jeden Abend 10 Uhr:  
**Moderne Don Juans.**

## Gossmann-Konzertgarten

Kreuzbergstr. 48, an der Kadodachstr.  
 Jeden Sonntag  
 Frei-Konzert  
 und Ball.  
 Montag und  
 Donnerstag:  
**Hamburger**  
**Sänger.**  
 Freitag:  
**Norddeutsche Sänger.**  
 Während der Ferien ermäßigt. Entree.  
 Entree 20 Pf.  
 Vorzugsbillets 10 Pf. Nachzahlung,  
 für alle Sotreen gültig.

## Bekanntmachung.

Orts-Krankenkasse  
 der  
**Vergolder**  
 und Berufsgenossen.  
 Der Vorstand fählt sich, um Zer-  
 stücker zu vermeiden, veranlaßt, auf  
 folgendes hinzuweisen: Nach der  
 achten Abänderung unfres Statuts,  
 § 13 Absatz 1 Nr. 2, wird nach sechs-  
 monatlicher Mitgliedschaft Jahressatz  
 geleistet, jedoch nach § 24 unfres  
 Statuts nur auf Grund einer Ber-  
 ordnung eines praktischen Vereins-  
 arztes, und bedarf diese Berordnung  
 der Abstemplung. Sähe, welche  
 von einem Nichtvereins-Jahressatz  
 oder Jahressatz angefertigt sind,  
 werden seitens der Kasse nicht bezahlt.  
 Berordnungen von Wein, Cognac,  
 Milch, Bonbons und Brillen haben  
 ohne Abstemplung Gültigkeit. [273/7  
 Berlin, den 9. Juli 1901.  
 Emil Voges, Johannes Assmann.  
 Vorsitzender. Schriftführer.

## Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und aus-  
 ländischen Stoffen für Paletots,  
 Anzüge, Bekleider etc. werden  
 unter Garantie des guten Stoffs  
 zu überaus billigen Preisen  
 schnellstens angefertigt im Ladengeschäft  
 bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**  
 In der Michaelstr. 1 bei der  
 Holzmarktstr. noch zu vermiethen  
 Fabrik-Räume: 19409  
 I. Etage opt. 325 Meter,  
 II. " " 325  
 III. " 115 Meter,  
 IV. " 150  
 in beliebigen Teilen. **Doppeltlicht,**  
 Fahrstuhl, Wasserladekelle.  
**F. Simon, Gerichth. Bäder-Revisor.**  
 In der Michaelstr. 1.

## Am 7. Juli starb unser Kollege,

der Steinbruder, 23418  
**Herr August Sitzmann,**  
 im vollendeten 74. Lebensjahre.  
 In redlicher Arbeit hat er 37 Jahre  
 hindurch in unserer Mitte gewirkt.  
 Ein ergebendes Andenken bewahren ihm  
 die Kollegen der Steinbrüder von  
**Rob. Winkelmann.**  
 Beerdigung: Donnerstag, den  
 11. Juli, nachm. 5 Uhr, vom Trauer-  
 hause, Kastanien-Allee 59, nach dem  
 Jons-Richhof in Nieder-Schönhausen.

## Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.

Am 8. d. M. verstarb unser Mit-  
 glied, der Zimmerer 23475  
**Gemmel.**  
 Die Beerdigung findet Donner-  
 tag, den 11. Juli, nachm. 4 Uhr, von  
 der Leichenhalle des Krankenhauses  
 am Friedrichshalm aus statt.  
**Der Vorstand.**

## Dankfagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei  
 der Beerdigung meines unvergeht-  
 lichen Mannes und guten Vaters  
**Johannes Schwanz** sage ich den  
 Aabenbestigern, Freunden und Kollegen  
 und auch dem Verein der Zimmerer  
 von Berlin und Umgegend meinen  
 herzlichsten Dank.  
 Die trauernde Witwe 23485  
**Marie Schwanz nebst Kindern.**

## Centralverband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Berlin II.  
 Sonnabend, 13. Juli, im **Moabit** Gesellschaftshaus,  
 Moabit 80/81:

## „Viertes Stiftungsfest“

verbunden mit **Konzert, Spezialitäten-Vorstellung,**  
**Belustigungen aller Art und großem Ball.**  
 Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.  
 Gäste willkommen. Ende ???  
 Anfang 4 Uhr. **Billets 30 Pf.**  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
 23485 **Das Komitee.**

## Achtung! Verein der Former. Achtung!

Am Sonnabend, den 13. Juli 1901, in **Mag Altem**  
**Festsälen, Hasenheide 13-15:**  
**Großes Sommer-Fest**

verbunden mit **Spezialitäten-Vorstellung und Ball.**  
 Anfang der Vorstellung 6 1/2 Uhr. - Anfang des Balles im neubauten  
 Festsaal 9 Uhr. - Entree 20 Pf., Spermisch Nachzahlung 20 Pf. - Herren,  
 welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. - Die Kaffeeküche steht  
 den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung.  
 Hierzu ladet Freunde und Gönner unfres Vereins recht freundschaftlich ein  
 61/4 **Der Vorstand. Das Komitee.**

## Brauerei Germania

Akten-Gesellschaft  
 Berlin O., Frankfurter Allee 53. - Teleph. Amt VII. 2045.  
 1865L\*) empfiehlt für **M. 1,50 frei Haus:**  
**15 Flaschen Tafel-Weissbier**  
**20 „ „ dopp. Weissbier**  
 1/2 To. M. 1,75. 1/3 To. M. 0,90.

## Schiller-Theater

(Wagner-Theater).  
 König-Oper.  
 Mittwoch abend 7 1/2 Uhr:  
**Don Juan**  
 oder: **Der steinerne Gast.**  
 Große Oper von W. A. Mozart.  
 Donnerstagsabend 7 1/2 Uhr:  
**Gastspiel Heinrich Bötel.**  
 Der Postillon von Lonjumeau.  
 Freitagabend 7 1/2 Uhr:  
**Der Prophet.**

## Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.  
**Die Afrikanerin.**  
 Oper in 5 Akten von Meyerbeer.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen Donnerstag: **Nartha.**  
 Im Garten: Kinderfreundesfest.  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
 Anfang 6 Uhr.

## Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr.  
 Letzte Woche des Gastspiels der  
 8 echt japan. Geisha aus Tokio.  
 Zum 600. Male:  
**Die Geisha.**  
 Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.  
 Einlagen im 1. und 2. Akt:  
 1. Heiterer Tanz. 2. Ballspiel-Tanz.  
 3. Schmetterlings-Tanz. 4. Wünder-  
 spiel-Tanz. 5. Frühlingsfeier-Tanz.  
 6. Schirm-Tanz. 7. Gratesfest-Tanz.  
 8. Siegesfest-Tanz, ausgeführt von den  
 8 echt japanischen Geisha aus Tokio.

## Verkäufe.

**Gardinenreife** Große Frankfurter-  
 str. 9, parterre. 433\*  
**Spotbilig.** Teppiche, Betten,  
 Steppdecken, Vorhänge, Kleider-  
 schränke verkauft billig, Reander-  
 str. 6. 69/10\*  
**Kinderswagen.** Sportwagen,  
 Kleinenwagen, Bazar Baby, Inva-  
 lidenstr. 190, Frankfurterstr. 115,  
 Oranienstr. 31, Belle-Alliance-  
 str. 107, Reintendorferstr. 24, o.  
 Charlottenburg, Wilmersdorferstr.  
 Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 6478\*  
**Nähmaschinen** und Feuer-Ver-  
 sicherung vermittelt Gustav Schmidt,  
 Solmsstr. 43, Hof Keller. 8576  
**Kindernähmittel,** feine feine,  
 offeriert zur Zeit des Hochsommers  
 zu ermäßigten Preisen. Flora-  
 Drogerie, Poststraße, Kirdorf,  
 Kaiser Friedrichstr. 242, beim  
 Fernsprechamt. 16466  
**Reparatur** billig veranfaßt.  
 Zu erfragen Anflmann, Mühl-  
 str. 33. 23246\*  
**Billigste Bezugsquelle** für neue  
 Fahrräder, alte von 45/00, Zubehör-  
 teile größte Auswahl, Heinge, Brücken-  
 str. 6 b. 7248\*

## Jedes Wort 5 Pfennig.

Nur das erste  
 Wort fett. Worte mit mehr als  
 15 Buchstaben zahlen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

**Damenrad** mit Koffm., billig,  
 Schulte, Naumystr. 37, vorn. 23428  
**Fahrrad** faukt 10,00, Nagel,  
 Rindfleischstr. 28. 7518\*  
**Seifen, Bürsten, Spielwaren,**  
 Geschäft mit Waren 725 Markt, Wiete  
 400, mit Wohnung 600, verkauft  
 Groß, Postamt 20. 23508

**Vermischte Anzeigen.**  
 Französisch (billig) Dreiteilstr. 5.  
 Englisch (billig) Dreiteilstr. 5.  
 Verpflichteter Patentanwalt **Dam-**  
**mann, Cranenstr. 57, Reichpl.**  
**Unfallkassen, Klagen, Eingaben,**  
 Reklamationen, Puffer, Stroh-  
 str. 65. 19396  
**Augustabad, Köpplerstr. 60.**  
 Böder jeder Art für sämtliche Kranken-  
 läden. 7302\*  
 Schriftliche Arbeit jeder Art,  
 Klagen und Gerichtsachen, Steuer-  
 Reklamationen, Briefe, fertigt erfolg-  
 reich und billig Frau **Wibbgen,**  
 Gristburgerstr. 32, Duergebäude III.  
**Metallbruch** aller Art faukt  
 Broderick, Döpelstr. 16. 1811b  
**Wohr-Gigaretten.** Waage auf ihre  
 unübertroffen feine Qualität auf-  
 merksam. 12868

**Vereinszimmer, Zahlstelle** passend,  
 Fernsprecher III 1785, J. B. Wilhelm  
 Gahmann, Badstr. 14.  
**Unfallkassen, Invalidenlohn,**  
 Eheverträge, Eingabengeld, Schulte,  
 Bergmannstr. 107. 23536\*  
**Unfertigung eleganter Herren-**  
**garderobe.** Teilzahlung gestattet.  
**Marx, Kleine Frankfurterstr. 20.**  
**Rechtsbureau.** Teilweise  
 fünfundsiebzig. Eingaben, Gesuche,  
 Materstellung. 7538\*  
**Rechtsbureau, Rechtsfälle, Mater-**  
**stellung.** Andreasstr. 21, Dreim-  
 teilstr. 2356b\*  
**Demonstrationsvortrag, Wagen-**  
**und Darmleiden, hochinteressant,**  
 morgen abend 9 Uhr **Strauberg-**  
**str. 3. 23546**

**Vermietungen.**  
**Fabrikräume, Doppeltlicht, große,**  
 kleine und mittlere, unter günstigen  
 Bedingungen zu vermieten. **S. Simon,**  
 Michaelstr. 1. 7098\*

**Schlafstellen.**  
**Bessere Schlafstelle (s. J. W.)**  
 str. 84, vorn IV. Altmann. 23535

## Anzeigen für die nächste Nummer werden

in den Anzeigestellen für Berlin  
 bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,  
 in der Hauptredaktion Beuthstr. 3  
 bis 4 Uhr angenommen.

## Arbeitsmarkt.

**Stollengesuche.**  
**Diebstahler** sucht einige Stellen  
 Verdnacht, Schlemmerstr. 7. 1451\*  
**Suche** Wäschehelfer, Frau Wölfe,  
 Friedrichsgracht 16, 1/2, Treppen. 6818

**Stellenangebote.**  
**Hoher Nebenverdienst** für jeden-  
 mann! Prospekte gratis. **Herrmann**  
**Wolf, Juidan (Sachsen), Wäckerstr.**  
**Wauergesellen** finden dauernde  
 Beschäftigung bei **Gebr. H. Bogel,**  
 Bergwall. 23306\*  
**Zünftigen Kehler** auf Goldbleichen  
 verlangt **Wertmeister, Brauen-**  
**str. 194. 23325**  
**Orgelbauer** finden Beschäftigung  
 bei **Heilbrunn Edgno, Berlin, Reich-**  
**str. 39. 110,8\***  
**Fabrikmacher** verlangt **Tücher-**  
**str. 70. 133**  
**Feinrißer,** der auch **Barod** matteri,  
 zwei **Beisitzer** und zwei **Barod-**  
**vergolderinnen** verlangen **Baer a. Co.,**  
 Goldmannstr. 43. 23446

**Wamfeld** auf bessere **Fadett,**  
 1,50-2,25 **Markt** (Ausfertigung nicht  
 nötig), finden das ganze Jahr über  
 durch Beschäftigung, Engros-Verkauf  
**Herr Dr. Hermann, Kastanien-Allee 86, \***  
**Wamfeld** auf glatte und ver-  
 schäufte **Fadett,** **Reichstr. 52 II.**  
**Kartonsarbeiterinnen,** nur ge-  
 übte, sucht **Kaiser Nachfolger,**  
**Waldenstraße 7. 23515\***  
**Lehrmädchen** bei monatlich 15 **Markt**  
 Anfangsgehalt finden gute **Ver-**  
**hältnisse.** **Klaus Fäntenslein, Dronke-**  
**str. 131. 23436\***

**Im Arbeitsmarkt** durch  
 besonderen **Druck** hervorgehobene  
 Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

**Anwaltsbureau-Vorrißer,**  
 militäret, in Bearbeitung von  
 Projekten, Korrespondenz, Aus-  
 arbeitung von **Schriftsätzen** usw. ge-  
 wohnt, über gute **Karte** **Hauschrift**  
 verfügend, von intelligentem **Ku-**  
**streten** usw., sucht **gehört** auf gute  
**Empfehlungen** Stellung, in welcher  
 derlei **Gelegenheit** findet, seine  
 Kenntnisse und Fähigkeiten zu ver-  
 wenden. **Offerten** unter **N. 7** an die  
**Expediton** des „**Vormärts**“.